

3.17.06.2.1.

VERTRAULICH
CONFIDENTIEL

dodis.ch/48335

KOMMISSIONEN FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

TOUR D' HORIZON

STAENDERAT

(Sitzung vom Montag, 13. November 1978)

NATIONALRAT

(Sitzung vom Dienstag, 14. November 1978)



(Lage am 3. November 1978)

VERTRAULICH CONFIDENTIEL

TOUR D' HORIZON

Osteuropa
zehn Jahre nach der sowjetischen Intervention
in der Tschechoslowakei

1. Geschichtliche Grundlagen

Wenn wir heute von "Osteuropa" sprechen, so meinen wir damit einen geographischen Begriff ganz besonderer Art. Er knüpft weniger an die Lage jener Länder an, als an die Tatsache, dass sie in einem bestimmten Verhältnis zur Sowjetunion stehen und dass ihre Wirtschafts- und Sozialsysteme nach dem Zweiten Weltkrieg besondere Formen angenommen haben. Von diesen beiden Elementen müssen denn auch eine Analyse der heutigen Lage und allfällige Voraussagen über die Zukunft jener Länder ausgehen. Weil die Probleme Jugoslawiens und Albaniens anders liegen, wurden sie in der vorliegenden Untersuchung bloss vergleichsweise berücksichtigt.

Die hier zu behandelnden sechs Länder unterscheiden sich zwar in ihrer Geschichte, Kultur und wirtschaftlichem Entwicklungsgrad, aber der unaufhaltsame Vormarsch der Sowjetarmeen liess sie 1944/45 alle das gleiche Schicksal erleiden. Der weite Raum zwischen Baltikum und Schwarzem Meer, über den sich diese entfalten, sah im Mittelalter zuerst den Aufstieg von Königreichen, die in manchen Fällen Vorläufer der späteren Nationalstaaten wurden, und dann deren Eroberung durch vier äussere Mächte: das Osmanische Reich, Habsburg, Preussen und Russland. Im 19. Jahrhundert folgte das Erwachen des Nationalbewusstseins und die Rivalitäten um das Erbe des zerfallenden

Türkenreiches, vor allem zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland. Der Erste Weltkrieg hatte schliesslich das Zusammentreffen dieser beiden Strömungen zum Anlass und führte zum Zusammenbruch der vier Reiche und zum Sieg des Nationalitätenprinzipes im System von Versailles.

Unter dem "Europäischen Konzert", das sich gegen die Jahrhundertwende von seinem Ideal eines anpassungsfähigen Gleichgewichtes zwischen den verschiedenen Mächten entfernte und zwei rivalisierende Gruppen hervorbrachte, erlebten die Nationalitäten Osteuropas im 19. Jahrhundert eine Wiedergeburt. Die Reform ihrer Sprachen und das Aufblühen der Literatur führte zu Emanzipationsbewegungen, die von den Ideen der westlichen Romantiker nachdrücklich beeinflusst waren. Ihre ersten Erfolge konnten diese Bestrebungen im Bereich des Osmanischen Reiches verzeichnen. Die Ungarn erreichten innerhalb des Habsburgerreiches ihre Gleichberechtigung mit den Oesterreichern, während die übrigen Nationalitäten dieses Imperiums - unter Wahrung ihrer kulturellen Identität - weiterhin unter der Vormundschaft der Kabinette in Wien und Budapest blieben. Das härteste Schicksal erlitten die preussisch- und russischbesetzten Teile Polens.

Russland trat damals in verschiedenen Rollen auf: als Befreier in Bulgarien, als Gendarm in Polen und Ungarn und gegenüber den Tschechen und Serben als Beschützer aller Slaven.

Die nationale Frage führte wegen der Auseinandersetzungen um die Einheit der Völker Jugoslawiens zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Nachdem es anfänglich schien, dass sie in den kriegerischen Auseinandersetzungen keine wesentliche Rolle spielen würde, begünstigte die lange Dauer des Krieges die Bestrebungen nach tiefgreifenden politischen und territorialen Neuordnungen. Mit dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten kam eine Macht hinzu, die dem diplomatischen Spiel der Kabinette mit tiefem Misstrauen begegnete. Präsident Wilson glaubte, im Nationalitätenprinzip ein Mittel gegen die Unzulänglichkeiten des internationalen Systems gefunden zu haben. Nicht weniger

als vier der wichtigsten seiner "Vierzehn Punkte" betreffen Osteuropa, und die heutige politische Gliederung unseres Kontinentes geht, mit Ausnahme der Oder-Neisse-Grenze, auf sie zurück.

Die schwere Niederlage der vier Reiche, die sich in Osteuropa teilten, ermöglichte eine der kühnsten politischen Operationen, deren sich die europäische Geschichte zu entsinnen mag. Die Anwendung der Wilson'schen Punkte erfolgte überstürzt und in der Verwirrung, die bei Einstellung der langen und verheerenden Feindseligkeiten herrschte. Es kam zu manchen Verdrehungen, denn die europäische Diplomatie machte jetzt ihre Rechte wieder geltend, und die Siegermächte, vor allem Frankreich, bemühten sich, jene unter den neuen Staaten zu stärken, von denen sie annahmen, sie könnten bei der Verteidigung des neugeschaffenen Systems mitwirken.

Europa sah sich in zwei Lager aufgeteilt: im einen befanden sich diejenigen Länder, welche sich für die Beibehaltung der vom Versailler-Vertrag und den Anschlussverträgen geschaffenen Ordnung einsetzten; im andern standen jene, die im Gegenteil nach deren Revision riefen. Obwohl die sehr ungünstigen Grenzen der jungen Sowjetunion nicht in Versailles geregelt worden waren, trat sie logischerweise ins Lager der Revisionisten und leistete Rüstungshilfe an die deutsche "Reichswehr", dem Zentrum des aktiven Widerstandes gegenüber Versailles.

Die neugeschaffenen Staaten begannen ihre Existenz unter ungleichen Voraussetzungen. Einzelne waren bereits industrialisiert, oder verfügten zumindest über wichtige Industriezentren. Andere besaßen Bodenschätze, die sie zu ihrer Verbitterung nicht ohne westliches Kapital ausbeuten konnten. In Polen und in den Balkanstaaten wurde mit noch recht primitiven Mitteln vor allem Landwirtschaft betrieben. Ausser in Polen und in Ungarn wurden nun überall mehr oder weniger weitgehende Landreformen durchgeführt, welche die Anzahl der landlosen Bauern verringerten.

Den neuen politischen Kräften, vor allem den Bauernparteien, gelang es nicht, den Institutionen den nötigen Rückhalt zu geben. In der Folge bildeten sich überall, ausser in der Tschechoslowakei, autoritäre Regierungen. Als sie in den Dreissigerjahren die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise zu spüren bekamen, entwickelten sie in manchen Fällen eine gewisse Bewunderung für die "jungen" Regimes in Deutschland und Italien.

Die Rivalitäten zwischen den verschiedenen Nationalitäten in den einzelnen Staaten blieben ein interner und externer Schwachfaktor.

Trotzdem erwies sich das Gebäude von Versailles anfänglich als erstaunlich solid. Von den beiden noch übriggebliebenen Regionalmächten verfügte Deutschland nur über sehr beschränkte Streitkräfte, und die Sowjetunion, der alle übrigen Regierungen mehr oder weniger feindlich gesinnt waren - der berühmte "cordon sanitaire" -, hatte in Europa nach dem gescheiterten deutschen Revolutionsversuch von 1923 nur noch geringe Ambitionen. Die Armeen der jungen Staaten reichten zahlenmässig nicht an diejenigen der ehemaligen Reiche heran, aber das Garantieverprechen der französischen Armee, "der stärksten in der Welt", sicherte zumindest politisch das Gleichgewicht.

Mit Hitlers Machtergreifung setzt zuerst langsam, dann immer schneller die Veränderung der bestehenden Fronten ein. Die Sowjetunion gibt ihre revisionistische Haltung auf und sucht den Anschluss an die "grossen Demokratien"; Polen, enttäuscht über die nachgiebige Haltung der Franzosen gegenüber dem Nazismus, beginnt sich mit diesem zu arrangieren; Jugoslawien nähert sich Italien, später auch Deutschland. Hitlers revisionistische Ziele stossen folglich auf eine gespaltene Front: In der Auseinandersetzung um die Tschechoslowakei steht Polen auf der Seite Deutschlands und Ungarns, während die "grossen Demokratien" trotz Unterstützung durch die Sowjetunion (welche natürlich die Nachbarn beunruhigt) sich in eine Kapitulation fügen, deren politische und moralische Folgen bis heute nicht verwischt sind.

Hiermit hat das System von Versailles zu bestehen aufgehört. Im Spiel, das sich jetzt um Polen entspinnt, erkennt man bereits die Umrisse eines völlig anderen Europas. Die Sowjetunion will die Abänderung der Verträge von Brest-Litowsk und Riga. Hitler reicht hierzu seine Hand im Nichtangriffspakt von 1939, sicher bereits mit dem Hintergedanken, dass die Abmachungen vom Sommer 1939 bald auch in anderer Hinsicht überholt sein würden.

Mit dem Polenfeldzug beginnt eine neue Epoche europäischer Geschichte. Das national-sozialistische Regime hat seine inneren Gegner ausgeschaltet, die Juden im Reich zu Heloten degradiert und beginnt nun mit der Verwirklichung seiner Pläne für eine auf dem Rassenprinzip beruhende europäische Ordnung. Polen wird nach seiner Aufteilung zwischen dem Reich und der Sowjetunion Opfer eines von den Deutschen verübten systematischen Völkermordes, wie ihn Europa seit Jahrhunderten nicht mehr gekannt hat. Stalin deportiert die polnische Bevölkerung der von ihm annektierten, mehrheitlich von Weissrussen und Ukrainern besiedelten Provinzen in den Osten und lässt die polnischen Reserveoffiziere nach ihrer Gefangennahme erschiessen. Die westlichen Verbündeten Polens schauen seinem Untergang ohnmächtig zu.

Der Fall Frankreichs bringt das letzte, wenn auch schwache Gegengewicht zur deutschen und sowjetischen Vormacht auf dem Kontinent zum Verschwinden und beschleunigt die Umwandlung Europas. Die Sowjetunion besetzt die Baltischen Staaten, Bessarabien und die Nordbukowina und macht, gestützt auf die vagen Zugeständnisse Ribbentrops im Protokoll zum Pakt vom August 1939, sein Interesse an Südosteuropa geltend. Deutschland, das schon nach München mit der Ausdehnung seines Einflusses in Südosteuropa begonnen hat, verrückt die auf Versailles zurückgehenden Grenzen Rumäniens und benützt den Dreimächtepakt, um sich Ungarn, Rumänien und Bulgarien gefügig zu machen. In Jugoslawien muss es Gewalt anwenden und bringt damit den letzten der Staaten zum Auseinanderbrechen, die auf den Trümmern der ehemaligen Zentralmächte entstanden sind. Die Sowjetunion trachtet weiter-

hin nach Basen am Bosphorus, versucht aber auch, sich auf Bulgarien und dann auf Jugoslawien abzustützen, um zu vermeiden, dass Deutschland überall auf dem Balkan die Oberhand gewinnt. Auf das endgültige Scheitern dieser Politik folgt unmittelbar der deutsche Angriff vom 22. Juni 1941. Es gelingt Hitler, für seinen antibolschewistischen Kreuzzug Ungarn, Rumänien und die neugeschaffenen Staaten Kroatien und Slowakei zu mobilisieren. Bulgarien, das mit Grossbritannien und dann auch mit den Vereinigten Staaten Krieg führt, ist am deutschen Russlandfeldzug nicht beteiligt.

Interessanterweise bemüht sich die Sowjetunion praktisch seit Kriegseintritt darum, ihre neuen Verbündeten, Grossbritannien und die Vereinigten Staaten, von der Notwendigkeit zu überzeugen, die künftigen Grenzen Europas festzulegen. Sobald sich das Waffen- glück zugunsten der Alliierten wendet, versucht sie, Churchills Balkanpläne zu durchkreuzen und wacht darüber, dass sich die Operationen der Westmächte auf Nordwesteuropa beschränken. Der revolutionäre Eifer gewisser kommunistisch gelenkter Widerstandsbewegungen, die ursprünglich zur Unterstützung des Kampfes der UdSSR aufgebaut wurden, macht ihr hingegen zu schaffen. So gehen insbesondere die Meinungsverschiedenheiten mit Tito bereits auf die Kriegszeit zurück.

Die drei Verbündeten Deutschlands auf dem Balkan verstehen es einer nach dem andern, sich mit akrobatischen Manövern aus dem Kriegsgeschehen herauszuziehen (im Falle Ungarns gelingt dies nicht sofort und hat eine längere Belagerung der Hauptstadt zur Folge). Die Kommunisten haben bei diesem Vorgang nirgends die entscheidende Rolle gespielt. In Bulgarien entreissen sie trotzdem kurz darauf der nationalistischen Zveno-Gruppe die Führungsrolle. In Rumänien bedarf es zweier energischer Interventionen Wischinskis, um zum gleichen Resultat zu gelangen. In Ungarn erscheinen die Sowjets als Paten einer von der Agrarpartei geleiteten Koalition, in der die Kommunisten anfänglich eine eher bescheidene Rolle spielen. Die Tschechoslowakei, seit 1943 Verbündete der Sowjetunion, wird nach dem Scheitern

eines Aufstandes der Slowaken von der Roten Armee "befreit", während das amerikanische Oberkommando seine sich schon im Anmarsch befindlichen Truppen zurückbeordert. Ueber Polen bricht bald darauf der erste Streit zwischen den Alliierten aus. Die Sowjetunion schaut tatenlos zu, wie der Warschauer Aufstand niedergeschlagen wird und setzt daraufhin in der Hauptstadt das von ihr kontrollierte "Lubliner Komitee" ein, das sie erst auf Drängen der Westmächte etwas erweitert.

2. Entstehung und Entwicklung der Volksdemokratien

Seit 1945 betrieb die Sowjetunion die Politik eines Siegers, der jedoch knapp einer Niederlage entronnen war. Die deutschen Erfolge von 1941 hinterliessen in der Parteileitung nachhaltigen Eindruck; die Völkermordspolitik Hitlers bewirkte, dass auch die sowjetischen Massen dieses Gefühl teilten. Die kommunistischen Führer betrachteten ihren Sieg als eine Art Gottesurteil, das ihre Machtausübung legitimierte; als Zweck der erbrachten Opfer sahen sie eine endgültige Bestätigung der Sowjetunion als europäische Vormacht. Ihr erstes Ziel war die Beseitigung der "deutschen Gefahr". Das zweite bestand darin, eine ihnen günstig gesinnte Politik der Nachbarstaaten sicherzustellen und das dritte lag in der Verhinderung der Entstehung eines "Westblockes".

Diese Ziele wie die dabei benützten Methoden waren in der politischen Wirklichkeit nicht miteinander zu vereinbaren, was aber Stalin nicht hinderte, mit der gleichen Entschlossenheit sowohl die einmal gefassten Pläne zu verfolgen als auch die entsprechenden Mittel hartnäckig anzuwenden. Zwar konnte er seine Absichten nur teilweise in die Tat umsetzen, aber selbst dort, wo er scheiterte, verstand er es, sich Vorteile zu verschaffen, die seine Stellung verbesserten.

Seiner Politik lag das Konzept eines Super-Versailles zugrunde. Im grossen und ganzen wurden die nach Kriegsausgang bestehenden Grenzen beachtet, ausser in Bezug auf die UdSSR selbst, die ihre Gebiete von 1914 zurückerhielt (Finnland allerdings blieb unabhängig, wenn auch mit einem besonderen Status) und auf Deutschland, das man um einen Viertel seines Territoriums beraubte und das zudem die deutschstämmige Bevölkerung der verlorenen Provinzen und der Tschechoslowakei aufnehmen musste.

An die Stelle des proletarischen Internationalismus trat das machiavellistische Kalkül eines dauernd schwelenden Zwistes zwischen den Völkern Zentraleuropas.

Was Deutschland anbelangt, so suchte die Sowjetunion keinen Kompromiss, der es erlaubt hätte, das Land nach der Formel von Potsdam als wirtschaftliche Einheit zu behandeln. Im Gegenteil beabsichtigte sie, auf ihrem Gebiet ein Modell zu entwickeln, das auch in den anderen Zonen zur Anwendung gelangen sollte. Sie behielt sich die Wahlmöglichkeit offen zwischen einem nach ihren Vorstellungen geeinten Deutschland, in dem der eigene Einfluss überwiegen würde, und - im Falle der Teilung - einem aus der Sowjetzone zu schaffenden Satelliten.

Die westlichen Alliierten waren sich über die in Osteuropa einzuschlagende Politik uneinig. Schliesslich befolgte man den von der UdSSR als Blankovollmacht ausgelegten Vorschlag Churchills, die Teilung nach prozentmässigen Einflussphären vorzunehmen. Roosevelt liess sich in Yalta freie Wahlen versprechen, die er jedoch nicht zu erzwingen vermochte. Keiner der beiden Staaten hatte ein Interesse, der Sowjetunion eine tatsächliche Machtposition in Italien oder Japan einzuräumen, oder ihr den Weg zur angestrebten Vormundschaft über Tripolitanien zu ebnen. Man unternahm löbliche Anstrengungen, um die Unabhängigkeit der Länder Osteuropas zu bewahren, insbesondere diejenige Polens, ohne aber wirksame Druckmittel anzuwenden.

Die kommunistischen Parteien bildeten das bevorzugte Instrument, um Osteuropa an die sowjetische Politik zu schmiegen. Sie verfügten über wenig Anhänger; ein grosser Teil ihrer Führer hatte viele Jahre in Moskau verbracht. Während den stalinistischen Säuberungen waren sie Verfolgungen ausgesetzt; die polnische KP wurde sogar einige Monate vor der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Paktes aufgelöst. Abgesehen von der kommunistischen

Partei der Tschechoslowakei hatte man sie alle verboten. Ausser in diesem Land sowie in Bulgarien blieben sie der Bevölkerung fast unbekannt. Die UdSSR hätte es vielleicht vorgezogen, sich auf die traditionellen Führer abzustützen, um die sich namentlich die Bauern scharten, aber diese erwiesen sich fast ausnahmslos als misstrauisch, ja sogar feindlich gesinnt oder als zu unsicher. So verliessen sich die Sowjets vorerst auf die Dynamik der kommunistischen Parteien, die aus dem sowjetischen Grossmachtprestige (welches aber im allgemeinen durch das Verhalten der Roten Armee überschattet wurde) Gewinn schöpften, um die heterogenen Nationalen Fronten zu lenken. Indessen schwenkte der Kreml recht schnell auf die "jugoslawische" Lösung ein, welche die für das kommunistische Monopol gefährlichsten Parteien ausschaltete und den übrigen die Selbständigkeit entzog (in Jugoslawien kam dies neben einer Mischung von Säuberungen und Einschüchterungen durch den Bürgerkrieg zustande). Die "Volksdemokratien" durchliefen mehrere Phasen, bis sie bei einer völlig konformen Nachahmung des sowjetischen Modelles endeten. Zu einem Zeitpunkt (im Sommer 1947), als sich die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen bereits verdunkelt hatten, brachte der Marschallplan die entscheidende Wende. Polen, die Tschechoslowakei, ja selbst Bulgarien waren noch bereit, diese Hilfe anzunehmen, was ihnen jedoch das Veto des Kremls verunmöglichte.

Das Unterfangen, das umso gewagter erschien, als die wenigen Kommunisten in einzelne Gruppen mit unterschiedlichen ideologischen Ansichten zersplittert waren, glückte schliesslich unter dem Schirm sowjetischer Waffen. Eine weitere Ursache für den Erfolg lag in der Tatsache, dass die kommunistischen Parteien in der Bestürzung, die auf die früheren Misserfolge und Katastrophen folgte, ein in sich geschlossenes, umfassendes Auflaukonzept vorlegen konnten, das auf einigen unleugbar gerechten Ideen beruhte (Entwicklung der Wirtschaft, Verbesserung der Lebensbedingungen,

sozialer Aufstieg), denen sie ausserdem einen stark nationalistischen Anstrich gaben. Die hergebrachten politischen Bewegungen wurden durch den Schwung der Kommunisten überrollt und nach vergeblichem Widerstand beseitigt. Die sozialistischen Kräfte gingen unter Gewaltanwendung in den kommunistischen Parteien auf. Viele Politiker verliessen ihr Land oder gerieten ins Gefängnis. Zynischerweise wurden die rein verbalen Interventionen der Alliierten dazu benützt, um die nichtkommunistischen Führer als ausländische Agenten hinzustellen. Als die angewandten Mittel (brutaler Zwang, überstürzte Kollektivierung, falsch gesetzte Prioritäten) eine Verschlechterung des Lebensstandards hervorriefen, hatten sich die Kommunisten bereits so weit etabliert, dass sie nicht mehr ernsthaft bedroht werden konnten.

Die kommunistische Entwicklungsstrategie bewirkte überall einen bedeutenden Aufschwung der Industrie, die sich vorwiegend auf Produktionsgüter konzentrierte. Weiter zog sie eine vollständige Kollektivierung der Landwirtschaft nach sich (von der man später in Polen wieder abkam) und die Entstehung neuer Schichten von Führern und Funktionären der verstaatlichten Unternehmen und der Planwirtschaft. Es kam zu zahlreichen Fehlplanungen. Eine Vielzahl von wirtschaftlichen Projekten musste später fallengelassen werden. Die kulturelle Angleichung an Moskau kam in der Epoche Schdanovs einer ausserordentlichen Verarmung gleich. Der Widerstand war sehr rege; zu Beginn der fünfziger Jahre zählten die politischen Häftlinge mehrere hunderttausend Menschen, von denen ein bedeutender Teil, wie die Opfer des Donau-Schwarzmeerkanales, nie mehr zurückkehrten.

Die Sowjetunion band ihre Satelliten durch ein dichtes Netz von Beistandsverträgen an sich und war bestrebt, deren Potential für ihren eigenen Wiederaufbau auszubeuten; dies geschah insbesondere durch die Rechtsform gemischter Unternehmen.

Der Bruch mit Tito, hierauf der Abschluss des Nordatlantikpaktes, die Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Koreakrieg verschärften den sowjetischen Zugriff. Die Kommunisten mit vermeintlichem oder tatsächlichem "nationalistischem Abwechslertum" waren Verfolgungen ausgesetzt und erlitten oftmals die Todesstrafe. Der Versuch, den Ausbau der Schwerindustrie zu beschleunigen, um die durch den Kalten Krieg gewachsenen Rüstungsbedürfnisse zu befriedigen, verursachte eine zusätzliche Zerrüttung der ohnehin schon überforderten Planung. Der Tod Stalins gab den Anstoss, Ziele und Methoden zu überarbeiten, was nicht ohne Erschütterungen verlief. In Ostdeutschland, wo die Reformen mit der Politik einhergingen, die Bestrebungen zur nationalen Einheit für die eigenen Zwecke auszunützen, spielte sich das erste gewaltsame Aufbegehren der Bevölkerung gegen ein aus dem Zweiten Weltkrieg entstandenes Regime ab. Vor den Augen des ohnmächtigen Westens stellten die sowjetischen Panzer die Ordnung wieder her.

Folgerichtig begann die Entstalinisierung in Russland. Vorerst wickelte sie sich ab, ohne die Autorität des toten Diktators in Frage zu stellen. Die Diadochenkämpfe riefen jedoch rasch einen direkten Angriff auf das politische Erbe des ehemaligen Führers herbei. Obwohl es offensichtlich war, dass sich die Entstalinisierung nicht auf das "Vaterland des Sozialismus" beschränken konnte, erfolgte der entscheidende Schlag am 20. Parteikongress, ohne dass man darüber vorgängig die Führung der Satelliten ins Bild gesetzt hätte, deren politische Autorität dadurch ebenfalls untergraben wurde. Der sich daraus ergebende Groll sollte Chruschtschow teuer zu stehen kommen.

In der Zwischenzeit wurde Osteuropa durch eine allgemeine politische Krise betroffen, die in Polen und Ungarn die stalinistischen Strömungen ausmerzte. In Polen gelangte ein nationalistischer Kommunist an die Macht, währenddem in Ungarn der

Versuch des gemässigten "Oekonomen" Nagy, das Regime zu retten, eine Entwicklung einleitete, die zur Zulassung von Parteien, zum Austritt aus dem Warschauer-Pakt und - im günstigen Zeitpunkt der Suezkrise - zur militärischen Intervention der Sowjetunion führte.

Rasch beseitigte man die in Ungarn neu geschaffenen Institutionen, so namentlich die Arbeiterräte. Nach und nach verschwanden die von den Polen erlangten Freiheiten. Trotzdem blieb die Stellung der katholischen Kirche, welche sie sich im "polnischen Oktober" verschafft hatte, erhalten und bildete derart die einzige von der kommunistischen Partei unabhängige politische Kraft in Osteuropa. In den andern "Volksdemokratien" beschränken sich die Folgen der Krise auf die energische Durchsetzung innenpolitischer Disziplin. Nach der Affäre der Anti-Partei-Gruppe in der UdSSR (Juni 1957) gelang es sogar, den einen oder andern der am stärksten exponierten Stalinisten aus seinen Aemtern zu entfernen. Langsam verschwanden auch die schädlichsten stalinistischen Praktiken. Nachdem die verbleibenden Stalinisten, wie Albanien und Nordkorea, vorerst den Kurs Chinas einschlugen (das man damals nicht einfach als stalinistisch betrachten durfte), das heisst, nachdem sie versucht hatten, die Sowjetunion an ihre Pflichten als Führer der kommunistischen Weltbewegung zu mahnen (Tagung der Kommunistischen Parteien von 1957), richteten sie sich auf einen starren Nationalismus aus, der es ihnen erlaubte, sich vom sowjetischen "Revisionismus" abzusondern.

Die Umgruppierungen unter Chruschtschows Alleinherrschaft (Ende 1957 bis 1964) spielten sich im Schatten eben dieser Auseinandersetzung um den Revisionismus ab. Gemäss der Moskauer Auslegung stellte der "moderne Revisionismus" eine neue Ketzerei Jugoslawiens dar, welche am 7. Kongress des Bundes der Kommunisten verkündet worden war. In Wirklichkeit griffen China, Nordkorea, Nordvietnam, Albanien sowie zahlreiche Unzufriedene in den übrigen kommunistischen Parteien unter diesem Namen Theorie

- 14 -

und Praxis Chruschtschows an.

Zwischen dieser unnachgiebigen Front und den Begehren der Länder Osteuropas nach grösserer Selbständigkeit umriss Chruschtschow in seinem flüchtigen Stil nach und nach ein neues Beziehungsnetz, das in erster Linie den Forderungen der nach den Erschütterungen von 1956 noch geschwächten kommunistischen Parteien Rechnung trug, aber auch den wirtschaftlichen Gesetzmässigkeiten, die Stalin allzu oft ausser acht gelassen hatte. Eine angriffige Politik in der Deutschlandfrage, die im Bau der Berliner Mauer (1961) ihren Höhepunkt fand, erleichterte die notwendigen Aenderungen und Anpassungen. Der Ausbau der Tätigkeit des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) und die Bemühungen Chruschtschows zur Einberufung einer Konferenz, welche die "abtrünnigen Machenschaften" Chinas verurteilen sollte, verschaffte den Führern der Satellitenstaaten Gelegenheit, sich von nun an einen gewissen Handlungsspielraum zu sichern.

Der politische Niedergang Chruschtschows, der sich bereits ein Jahr vor seinem Sturz abzeichnete, begünstigte ein gewagtes Unternehmen der kommunistischen Partei Rumäniens. Unter dem Vorwand eines unklaren Planes zur regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und unter Ausnutzung des chinesisch-sowjetischen Streites gelang es ihr in der allgemeinen Unsicherheit während der Beseitigung Chruschtschows und der Machtkonsolidierung seiner Nachfolger (1964/65), die grossen Züge einer eigenständigen Aussenpolitik festzulegen, die in mehreren wichtigen Punkten von derjenigen des Kremls abwich. Insbesondere der Sechstagekrieg erlaubte es Rumänien, sich in spektakulärer Weise von den anderen Oststaaten zu distanzieren, indem es seine diplomatischen Beziehungen mit Israel aufrechterhielt.

3. Die sowjetische Intervention in der Tschechoslowakei

Die neue sowjetische Führung gelangt mit widersprüchlichen Zielen an die Macht: Einmal hofft sie, die Einheit der kommunistischen Weltbewegung wiederherstellen zu können, indem sie sich von Chruschtschows "Revisionismus" distanziert (obwohl dieser lediglich des "Subjektivismus" bezichtigt wurde), was eine Verschärfung des Zentralismus und der ideologischen Kontrolle voraussetzt. Genau die entgegengesetzten Massnahmen verlangt aber ihr anderes Ziel, die höhere Wirksamkeit der sowjetischen Wirtschaft. Dann möchte sie die "konservativen" Regimes in den anderen sozialistischen Staaten unterstützen, gleichzeitig aber auch die Beziehungen zum Westen ausbauen. Neben die Entspannung soll schliesslich auch strategische Parität mit den Vereinigten Staaten und vermehrter Einfluss in der Dritten Welt treten.

Eine der ersten Initiativen, die auf diese Pläne zurückgehen, ist das Zurückgreifen auf die alte sowjetische Idee einer europäischen Sicherheitskonferenz und ihr Pendant, die Deutschland-Frage, deren Regelung nach dem Scheitern von Chruschtschows Vorpellen weiterhin hängig ist. Dieser Vorstoss fällt zeitlich mit dem Auftauchen jener neuen Ideen zusammen, die man in Westdeutschland nach dem Rücktritt von Bundeskanzler Adenauer entwickelt, um den Folgen der Hallstein-Doktrin zu entgehen. Die Erfolge dieser ersten "Ostpolitik" (Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien) lösen eine heftige Reaktion des Kremls aus.

Auf Ulbrichts Initiative schliessen die Deutsche Demokratische Republik, Polen und die Tschechoslowakei neue gegenseitige Beistandsverträge ab, die gegen den "deutschen Revanchismus" gerichtet sind (März 1967). Auf dieses erste Anzeichen der Verhärtung folgt nach dem Sechstagekrieg ein weiteres, viel unpopulärereres: Die Verurteilung Israels als Angreifer und der Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Was bis dahin kaum vorgekommen ist, tritt nun

ein: die Intellektuellen in Osteuropa, die sich nur selten mit aussenpolitischen Fragen beschäftigten, reagieren heftig, insbesondere anlässlich des tschechoslowakischen Schriftstellerkongresses im Juni 1967.

Die Revolte weist auf die politische Krise hin, die für die erstarrte tschechoslowakische Führung typisch ist. Diese ist im Prinzip stalinistisch, verfolgt aber seit Jahren eine opportunistische Linie, unter der zwar die Kultur profitiert, die Industrie aber schwer leidet. Novotny, als Vertreter dieses Kurses, wird daher vom Kreml fallengelassen und durch den Sekretär der slowakischen kommunistischen Partei, Alexander Dubček, ersetzt. Bis dahin ist alles nach den Plänen Moskaus verlaufen.

Es stellt sich indessen heraus, dass der für Breschnew so vielversprechende Zentrums Politiker Dubček zu schwach ist, um nach dem Abgang der Stalinisten die Liberalen in Schach zu halten. In einer euphorischen Atmosphäre werden in aller Eile Reformen eingeleitet (Abschaffung der Zensur, Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten, Umwandlung des Wirtschaftssystems). All dies ist für die vorläufig fassungslosen "Bruderparteien" unannehmbar.

Die ersten Reformen erwecken die öffentliche Meinung aus ihrer Gleichgültigkeit und begeistern sie für noch riskantere Unternehmungen. Der Slansky-Prozess, jene berüchtigte, von den Schergen Stalins inszenierte Justizkomödie, wird wieder aufgerollt. Während der Ruf nach Wiedezulassung der ehemaligen politischen Parteien ertönt, werden einstweilen "Klubs" gebildet, die eindeutig ausserhalb der kommunistischen Partei tätig werden. Schliesslich erlaubt sich ein tschechischer General gar, gewisse Eigenheiten des Warschauer Paktes zu kritisieren. Nun fällt in Moskau die Bezeichnung "konterrevolutionär". Zunächst versucht die Sowjetunion, die abtrünnigen Brüder mit verbaler Einschüchterung wieder auf den rechten Weg zu bringen, dann mit "Manövern" auf tschechoslowakischem

- 17 -

Territorium und schliesslich mit Konferenzen der "Bruderparteien", bei denen die Führer des Prager Frühlings als Angeklagte Rede und Antwort stehen müssen.

Die tschechoslowakischen Kommunistenführer unternehmen einige Anstrengungen, um die entfesselte Bewegung in Schranken zu halten - ohne grossen Erfolg. Trotz immer drohenderen Vorzeichen können sie nicht an die Möglichkeit einer militärischen Intervention glauben und versäumen es deshalb bis zur letzten Minute, entsprechende Gegenmassnahmen zu ergreifen.

Am Vorabend der Sitzung des Parteikongresses der KPTsch, an welcher der neue Kurs gutgeheissen werden soll, schlagen die Sowjetunion und vier andere Mitglieder des Warschaupaktes zu. Rumänien verweigert nicht nur seine Beteiligung, sondern mobilisiert gar gegen seine Verbündeten.

War es 1956 die Suez-Krise, so ist es diesmal Vietnam, das die Vereinigten Staaten am Eingreifen hindert. Ueberhaupt sehen sie dazu auch gar keine Möglichkeit, und die Sowjetunion weiss dies. Dubček und seine Mannschaft haben übrigens, entgegen allen späteren Anschuldigungen, weder mit ihnen, noch mit der Bundesrepublik Deutschland irgendwelche Verbindung aufgenommen.

Die Intervention stösst zwar auf keinen bewaffneten Widerstand, aber die spontanen Gefühlskundgebungen der Bevölkerung geben den gewaltsam nach Moskau geschleppten Führern doch einen minimalen Rückhalt. Zur nachträglichen Legitimierung der Invasion wird jetzt ein Vertrag abgeschlossen. Die "Normalisierung", das heisst Beseitigung der Anführer des Prager Frühlings, erfolgt nicht mit Hinrichtungen und Haft, sondern durch "administrative Massnahmen".

Die Kremlherrscher müssen auf die Politik zurückgreifen, die Chruschtschow einst betrieb - der Preis dafür ist hoch. Die

sich anbahnende Entspannung gegenüber dem Westen ist schwer kompromittiert, die Beziehungen zu China, das sich jetzt physisch bedroht fühlt, nähern sich dem absoluten Nullpunkt und die sogenannte "Breschnew-Doktrin", welche die Intervention rechtfertigen sollte, lässt die "sozialistische Gemeinschaft" im Gegenteil in Verruf kommen. Aber einmal mehr war eben die unsichtbare Grenze deutlich geworden, die kein kommunistisches Regime überschreiten darf: das Monopol der politischen Gewalt. Dieses war nicht nur in der Tschechoslowakei in Gefahr, sondern es bestand auch eine Ansteckungsgefahr, die sich offenbar bis nach Kiew bemerkbar machte.

Die "Normalisierung" lastet in den darauffolgenden Jahren schwer auf der sowjetischen Aussenpolitik. Merkwürdigerweise begünstigt diese defensive Haltung aber eine grössere Beweglichkeit in den europäischen Angelegenheiten. Die Sowjetunion muss einige Konzessionen machen, ohne die gewisse Verhandlungen nie zu einem Ende geführt hätten. Dies gilt für die Anfänge der KSZE, für die "Ostpolitik" zweiter Auflage (Abschluss der Verträge mit Moskau, Warschau und Berlin), für die Kommunistenkonferenz, die 1969 über die Bühne ging, ohne dass die chinesische Frage diskutiert würde und schliesslich für die verschiedenen Verträge mit den Vereinigten Staaten, namentlich das SALT-Abkommen.

Von 1972 an steht Osteuropa unter dem Zeichen der KSZE-Verhandlungen. Die Sowjetunion steht vor der Anerkennung der Grenzen Osteuropas durch die Bundesrepublik Deutschland und ist daher am Ausgang jetzt weniger interessiert als früher, vor allem da die menschlichen Kontakte und die Menschenrechte eine hervorragende Rolle zu spielen beginnen. Das erreichte Resultat stellt einen wirklichen Erfolg für den Westen dar. Trotzdem sieht sich die westliche Politik wieder ihrem alten Problem gegenüber: Wie kann man das ferne Osteuropa dazu bringen, die eingegangenen Versprechen einzuhalten?

Die Schlussakte von Helsinki von Ende Juli 1975 steht symbolisch den Konferenzen von Jalta und Potsdam gegenüber, die dreissig Jahre zuvor stattfanden. Sie stellt das Ende eines langen Streites um die Anwendung jener Abmachungen dar und will den europäischen Staaten angemessene Verhaltensregeln geben. Obwohl sie formell für die Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten gilt, ist es von Anfang an klar, dass die besonderen Sitten der "sozialistischen Gemeinschaft" davon nicht betroffen werden.

4. Osteuropa nach Helsinki

Einige Aspekte allgemeiner Art sind in dieser eben umrissenen bewegten Geschichte bemerkenswert.

Sieht man von Ostdeutschland und dem alten Königreich Böhmen ab, so ist es zuerst einmal ein bedeutender Rückstand - in der Wirtschaft und den politischen Institutionen - gegenüber Westeuropa, das als politisches und kulturelles Vorbild betrachtet wird. Daher rührt ein zwiespältiges Gefühl der Bewunderung, des Neides und auch der Enttäuschung über die Gleichgültigkeit, welche die westlichen Verwandten allzu oft bewiesen (dieselbe Haltung überträgt sich heute auf die Vereinigten Staaten).

Der Eindruck, vom Westen in den grossen geschichtlichen Krisen im Stich gelassen worden zu sein, beschlägt das gleiche Problem, ist aber viel greifbarer und völlig gerechtfertigt. Dieses Gefühl, das man gerne in die Vergangenheit verlegt (Widerstand gegen das ottomanische Reich), bildet seinerseits die Grundlage der Mehrdeutigkeit in den Beziehungen zur Sowjetunion, dieser zwar schwer lastenden, aber einigermaßen sicheren Schutzmacht.

Berücksichtigt man die Beziehungen zu Deutschland, so vertieft sich dieser Zwiespalt. Die beunruhigende deutsche Dynamik, die sich früher oft als Unterdrücker herausgestellt hatte, rief einst dunkle Aengste hervor, die Hitler mit einer erschreckenden Präzision zur Erfüllung brachte. So erschien der schwerfällige und wenig effiziente sowjetische Eroberer nach dem Zweiten Weltkrieg angesichts des schon erwähnten westlichen Versagens als das geringere Uebel.

Dem Westen verblieb nichts weiter als die Aufgabe, dem östlichen Nachbarn kulturelle und wirtschaftliche Anstösse zu verleihen und dabei gleichzeitig mit der nötigen Vorsicht aufzutreten, die es erlaubt, den beschränkten Freiheitsraum der Satelliten im Verlaufe der Jahre zu erweitern.

Die Unterzeichnung der Schlussakte im Rahmen einer Zeremonie, die in der europäischen Geschichte bisher wohl einzigartig war, erfolgte in einem Augenblick, in dem Osteuropa unter einem besonders günstigen Lichte stand. Es herrschte eine allgemeine politische Stabilität, die Beziehungen namentlich wirtschaftlicher Art mit dem Westen waren noch nie so intensiv und es gab - zu Unrecht, wie sich später herausstellte - Grund zur Hoffnung, dass die Détente beschränkte, aber dennoch wirksame Annäherungen zwischen den beiden Parteien des Kontinentes erlauben würde.

Die beständigen Grundzüge des politischen Systems traten aber dadurch nur noch schärfer hervor. Die UdSSR als vorherrschende Macht sorgte weiterhin dafür, dass ihr Wille obenaufschwang. Im Vergleich zu den Zeiten Stalins, ja selbst Chruschtschows geschah dies zwar mit subtileren Mitteln und mit nuancierteren Zielsetzungen, aber dennoch auf eine ebenso entschlossene Weise. Mit der bereits erwähnten Ausnahme der katholischen Kirche Polens blieb das Machtmonopol der kommunistischen Parteien unangetastet. Die Planwirtschaft (mit einigen Erleichterungen in Ungarn) wurde aufrechterhalten und führte trotz des Wachstums zu Engpässen in der Versorgung mit Konsumgütern und zu einem Mangel an Qualität und Vielfalt dieser Waren.

Der Handlungsspielraum der nationalen kommunistischen Parteien schien durch ein Punktesystem definiert zu sein, das den maximalen Abweichungsbereich vom sowjetischen Modell genau

umschrieb. Jede Partei verfügte über eine gewisse Bewegungsfreiheit bei der Entscheidung darüber, ob sie von dieser Abweichung in der Aussenpolitik, in der Wirtschaftsorganisation, im kulturellen Leben, usw. Gebrauch machen wollte. Desgleichen unterliegt das Spiel zwischen Moskau und seinen Vasallen offenbar der Regel, dass die UdSSR, die ein Interesse am wirtschaftlichen Fortschritt der Satelliten hat (wodurch deren politische Stabilität wächst), auch aus ihren Schwierigkeiten Nutzen zieht, da diese sie zwingen, näher an die Sowjetunion zu rücken.

Wie in der Vergangenheit widersetzt sich die UdSSR auch heute jeglichen regionalen Verbindungen. Sie nahm 1948 den Entwurf für eine Balkanföderation unter Beschuss, brachte (1965) den Vorschlag Kadars für eine Donauvereinigung zu Fall und blockierte die jüngste bescheidene Initiative Griechenlands für eine Zusammenarbeit auf dem Balkan.

Den neuen Klassen, die mit der Industrialisierung und mit dem höheren Bildungsstand in Erscheinung getreten sind, fehlt sowohl der nötige Schwung, als auch ein gewisses Profil. Ihre Interessen beschränken sich im wesentlichen auf ein eigenes Haus und Auto, Reisen ins Ausland und Zugang zu westlichen Luxusgütern. Die weitverbreitete Apathie gegenüber der Politik hat sich mit der Schlussakte von Helsinki und den darauf folgenden Aktionen von Dissidenten etwas verringert. Während die Dissidenten selbst fast ausschliesslich Intellektuelle im engeren Sinn (Schriftsteller, Künstler) sind, findet man ihre noch wenigen Anhänger hauptsächlich unter den neuen Klassen.

Es ist kaum möglich, eine über diese allgemeinen Bemerkungen hinausgehende politische Beurteilung vorzunehmen, ohne auf die einzelnen Länder einzutreten, wie dies weiter unten

getan werden soll. Hingegen scheint es sinnvoll, zunächst einige wesentliche Merkmale der heutigen wirtschaftlichen Lage festzuhalten.

Obwohl in den verschiedenen Ländern höchst unterschiedliche Bedingungen herrschten, folgten sie alle dem sowjetischen Entwicklungsmodell, welches den Schwerpunkt auf die Industrieproduktion, vor allem auf die Schwerindustrie legt. Obwohl gerade in den rückständigeren Ländern ein wesentlicher Anteil der Kapitalbildung aus der Landwirtschaft kommen sollte, wurde diese, wie auch die Leichtindustrie, das Transport- und Verteilungswesen, stark vernachlässigt. Dieses Modell erlaubte zwar eine rasche Steigerung der produzierten Mengen, zeigte aber auch bald seine Grenzen. Nach Stalins Tod brachte man die ersten Änderungen an, ohne dass aber grundsätzlich die Prioritäten neu gesetzt wurden. In den sechziger Jahren stellte es sich dann heraus, dass die Methoden der zentralisierten Planung das Wachstum zu behindern begannen und einer immer vielfältiger werdenden Wirtschaft nicht entsprachen (jene waren übrigens für hochentwickelte Länder wie Ostdeutschland oder Böhmen schon immer ungeeignet).

Die Reformversuche bestanden in der Zusammenfassung von Unternehmen in eine Art Grosskonzerne (Unternehmensverbände) und vor allem in der Anwendung von gewissen marktwirtschaftlichen Prinzipien, konnten aber ausser in Ungarn keinen dauerhaften Erfolg verzeichnen.

Während Polen nach drei dramatischen Anstrengungen auf weitere Experimente verzichtete, wurden die tschechischen Versuche durch die sowjetische Intervention lahmgelegt. Ihr Scheitern ist sowohl auf den Widerstand der lokalen Bürokratien, als auch auf die trotz einiger Anstrengungen der Nachfolger Chruschtschows immer noch bestehende Rückständigkeit der Sowjetunion auf

diesem Gebiet zurückzuführen.

Das Festhalten an überalterten Strukturen erklärt weitgehend den technologischen Rückstand, der heute mit westlicher Hilfe aufgeholt werden muss. Ein weiterer Grund für die Schwierigkeiten liegt im Arbeitskräftemangel, der sich vermehrt bemerkbar machen wird, wenn die bei der Landbevölkerung noch vorhandenen Reserven einmal ausgeschöpft sind und die Auswirkungen des Geburtenrückganges spürbar werden.

Die Aussichten der Satelliten, sich durchzusetzen, sind bei den Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion besser als auf anderen Gebieten. Trotzdem besitzt die UdSSR mit den Erdöllieferungen ein wirksames Druckmittel, das sie namentlich eingesetzt hat, um sich Devisen zu beschaffen. Während der "Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW) im Bereich der technologischen Zusammenarbeit befriedigende Resultate erzielte, wird seine Politik der "internationalen Arbeitsteilung" von verschiedenen Mitgliedstaaten nur mit Misstrauen befolgt. Die Bemühungen um eine Konvertibilität der RGW-Währungen blieben schliesslich bis jetzt ohne jeden Erfolg.

In der nahen Zukunft ist mit keinen grundsätzlichen Änderungen der Wirtschaftssysteme zu rechnen. Möglich wäre allerhöchstens eine gewisse Ausdehnung des Privatsektors in einigen Ländern.

Entgegen den Erwartungen haben die osteuropäischen Regierungen nach der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki die Gelegenheit nicht ergriffen, um besonders bedenkliche, ja sogar kontraproduktive Züge der Gesetzgebung und der Verwaltungspraxis zu beseitigen. Merkliche Fortschritte konnte man einzig bei den Familienzusammenführungen feststellen. Man hat Grund

anzunehmen, dass der so zutage getretene Immobilismus sich als Fehlrechnung erweisen wird. Da die Akte von Helsinki in Osteuropa überall ein breites Echo gefunden hatte, wurde sie denn auch alsbald von zahlreichen Bürgern angerufen, die ein liberales Regime forderten. Falls die Behörden unmittelbar nach Helsinki in dieser Hinsicht etwas unternommen hätten, wäre den Bewegungen Andersdenkender kaum der Widerhall vergönnt gewesen, den sie heute besitzen. Eine solche Initiative war aber offenbar weder dem Kreml genehm, noch erschien sie der lokalen Führung ohne Risiken.

Sehen wir nun, wie sich die Lage in jedem der sechs Länder heute darbietet:

Die Deutsche Demokratische Republik war ursprünglich wohl dasjenige Land, das sich am meisten von dem unterschied, was man normalerweise unter "Osteuropa" versteht, obwohl auch seine Agrarstruktur im Vergleich zu Westeuropa an manchen Orten noch archaisch war. Der neue Staat entstand aus einer in das erbenlose Reich geschnittenen Besatzungszone und erlebte von Anfang an alle Widersprüche der sowjetischen Politik.

Erste Pflicht der jungen "Musterdemokratie" war es, die Reparationen zu liefern, die im Potsdamer-Abkommen vorgesehen waren und welche die Sowjetunion bald nur noch aus ihrer eigenen Besatzungszone beziehen konnte. Wie wir gesehen haben, erfolgte der Aufbau der neuen Republik auch im Hinblick auf die Möglichkeit einer Wiedervereinigung der beiden Deutschland unter für die Sowjetunion günstigen Bedingungen. Das Schicksal der DDR war deshalb doppelt ungewiss: Die Regierungsmannschaft hing nicht nur vom Wohlwollen der sowjetischen Machthaber ab, sondern stand mit diesen auch noch in einem ständigen Kampf, um sie von der Notwendigkeit zu überzeugen, für die Existenz des zweiten deutschen Staates einzutreten. Diese Aufgabe war umso schwieriger,

als die Wiedervereinigung bis gegen Ende der sechziger Jahre erklärtes Ziel der jungen Republik blieb.

Die "SED" selbst ist ein einmaliges Erzeugnis der Geschichte. Obwohl sie angeblich die Nachfolgerin der beiden stärksten deutschen Parteien vor der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten ist, handelt es sich eigentlich doch um eine völlige Neuschöpfung. Man findet aber darin als Curiosa die alten Parteiführer und illustren Köpfe der Vorkriegszeit wieder. Die Partei zeugt auch von der Hauptschwierigkeit des jungen Staates, bei völlig fehlenden historischen Wurzeln eine Nation zu bilden.

Der wirtschaftliche Aufbau - der bemerkenswerteste im sozialistischen Weltsystem - erfolgte unter besonders schwierigen Umständen. Nach der Einstellung der Reparationsleistungen erlitt die DDR durch den Exodus von mehreren Millionen Bürgern in den Westen einen empfindlichen Aderlass an Arbeitskräften, der erst mit dem Bau der Berliner Mauer sein Ende nahm. Eine etwas flexiblere Planung führte nach 1963 zu einer Verbesserung der Leistungen der Industrie und zu einem höheren Lebensstandard. Angesichts der Nachfrage nach westlichen Verbrauchsgütern ergriff die Führung Massnahmen (Geschäfte, in denen nur mit Westmark bezahlt werden kann), die, unter den besonderen Verhältnissen der DDR, zu heftigen Reaktionen jener führten, die davon nicht profitieren konnten.

Die Ablösung Ulbrichts, dessen Aussenpolitik im Kreml auf wenig Gegenliebe gestossen war, durch den Saarländer Honecker war mit einem Stilwechsel und mit einer grösseren Ausrichtung auf die Verbrauchsgüter verbunden.

Wie schon sein Vorgänger, so hatte auch Honecker seine Mühe mit den Intellektuellen, was auf die Ungeschicklichkeit und auf den sehr beschränkten Manövrierraum des Regimes hinweist.

Die Streitigkeiten mit der Bundesrepublik Deutschland wurden durch den "Grundvertrag" und das Viermächteabkommen über Berlin, beide aus dem Jahre 1972, teilweise beigelegt. Eine wirkliche Entspannung zwischen den beiden Deutschland ist aber nicht eingetreten. Im Osten bleibt ein starkes Abgrenzungsbedürfnis gegenüber dem Westen bestehen, und die Regierung Schmidt vermeidet es, durch allzu kühne aussenpolitische Initiativen ihre Beziehungen zur immer misstrauischen Sowjetunion Spannungen auszusetzen.

In der Weltpolitik spielt die DDR eine gewisse Rolle als Handlanger Moskaus. So ist sie in mehreren jungen Staaten mit dem Aufbau der Polizei beauftragt.

Polen, das wichtigste unter den hier untersuchten Ländern, ist auch dasjenige, in dem der Gegensatz zwischen Schein und Wirklichkeit am vollständigsten ist. Man ist sich dort einig, dass die kommunistische Regierung an der Spitze des Staates eine Folge der geographischen Lage des Landes ist. Das Bündnis mit der Sowjetunion ist zwar unbeliebt, wird aber akzeptiert als Garantie für den Besitz der "befreiten" Gebiete, das heisst der 1945 von Deutschland losgetrennten Provinzen.

In Polen wird die Opposition, das heisst vor allem die katholische Kirche und die davon abhängigen Gruppen wie "Znak", sehr liberal behandelt. Gleichzeitig ist es auch das Land, in dem die Dissidenten am aktivsten sind (Arbeiterunterstützungskomitee, "Fliegende Universitäten") und in dem die Regierung in jüngster

Zeit mit schweren Unruhen zu kämpfen hatte. Nur in Polen stellen die selbständigen Bauern noch eine wichtige Bevölkerungsgruppe dar (sie bebauen 80% der landwirtschaftlichen Fläche).

Nachdem das politische System von der Bevölkerung schlecht und recht hingenommen wird (und die illegale Opposition auf recht geschickte Weise in Schach gehalten ist), bereitet die wirtschaftliche Lage, auf die auch die erwähnten Unruhen zurückzuführen sind, der Regierung am meisten Kopfzerbrechen. Gomulka ist daran gescheitert, und Gierek musste nach den Ausschreitungen in Radom (1976) in Moskau aussenpolitische Konzessionen machen, die er bis dahin immer abgelehnt hatte. Diese Schwierigkeiten haben ihren Ursprung in einer unrealistischen Preispolitik, die anzurühren aber im Hinblick auf die Konsumenten gefährlich ist, und in den zwiespältigen Absichten der Regierung gegenüber einer Landwirtschaft, die dem kommunistischen Credo so offensichtlich widerspricht. Hinzu kommen schliesslich die übermässigen Investitionen in der Industrie sowie die Folgen der Rezession im Westen.

Die Wahl eines Polen zum Papst vereinfacht die Aufgabe der Führung nicht. Sie hat das Nationalgefühl noch weiter gestärkt - soweit das überhaupt noch möglich ist - und kann in Moskau nur Misstrauen erwecken. Die Aufgabe von Johannes-Paul II mag darin bestehen, die Lage seiner Kirche zu stärken, ohne seinen Landsleuten unnötige Schwierigkeiten zu bereiten.

In der Tschechoslowakei herrscht heute das drückendste politische Klima. Nach 10 Jahren Normalisierung finden sich die Teilnehmer am "Prager Frühling", wenn sie das Land nicht verlassen mussten, bei belanglosen Beschäftigungen, fern von ihrem früheren Wirkungskreis. Die Wirtschaftsreform von 1948 wurde nicht verwirklicht, und wenn das Lebensniveau trotzdem gestiegen ist, so geschah dies nicht dank einer besseren

Betriebsführung, sondern wegen der beträchtlichen Wirtschaftshilfe, die von der Sowjetunion geleistet wurde.

Die "Charta 77", jene Erklärung, um die sich die Liberalen von 1968 unter dem Banne der Schlussakte von Helsinki wiederfanden, führte zu zunehmenden administrativen Schikanen gegen ihre Urheber.

Da das Regime Husak praktisch keinen Bewegungsspielraum besitzt, führt es eine völlig starre Innen- und Aussenpolitik.

Ungarn hat unter jenem Führer, der ihr im November 1956 von der Sowjetarmee aufgezwungen worden war, eine merkwürdige Entwicklung durchgemacht. Kadar ist es unter der wenig marxistischen Devise "Wer nicht gegen uns ist, ist für uns" gelungen, unter dem aufständischen Volk wieder Einigkeit herzustellen und für sein Regime einen in Osteuropa wohl einmaligen Rückhalt in der Bevölkerung zu finden. Die wirtschaftliche Entwicklung spielte dabei eine zentrale Rolle. Eine Reform verlieh den Unternehmen mehr Entscheidungsbefugnis, verringerte die Zahl der staatlichen festgesetzten Preise von etwa 1 Million auf rund eintausend und bewirkte, dass die ungarische Industrie im Vergleich mit den übrigen COMECON-Ländern viel anpassungsfähiger und leistungsfähiger ist. Zwar ist seit 1973 aus internen und externen Gründen eine gewisse Verlangsamung eingetreten, doch hofft man, mit neuen Liberalisierungsmassnahmen auch sie überwinden zu können.

Obwohl das intellektuelle Klima nicht die gleiche Lebhaftigkeit besitzt wie in Polen, besteht dennoch eine recht bemerkenswerte Toleranz gegenüber unorthodoxen Meinungen, wie

etwa der vom Soziologen Andras Hegedüs vertretenen "Neuen Linken", die für einen demokratischen und pluralistischen Marxismus eintreten.

Die Aussenpolitik steht unter dem Zeichen der strategischen Bedeutung, welche die Donauebene für die Sowjetunion besitzt (diese hat denn auch darauf beharrt, dass Ungarn bei den MBFR-Verhandlungen vom Reduktionsgebiet ausgeschlossen bleibt). Die Vorsicht, deren sich die ungarische Regierung in ihrer allgemeinen Politik befleissigt, schliesst aktive gutnachbarliche Beziehungen mit Oesterreich nicht aus.

Rumänien ist heute noch das ärmste unter diesen Ländern. Es ist offensichtlich, dass die Verwirklichung der wirtschaftlichen Entwicklungspläne, die sich - wie auch in Ungarn - auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Westen abstützen, noch am Mangel an Kadern und qualifizierten Fachleuten und an den Schwierigkeiten der Angewöhnung der Arbeiter an moderne Wirtschaftsmethoden leiden. Der besonders ausgeprägte Stalinismus während der ersten zwanzig Jahre des Regimes hat sein übriges getan.

Die autoritären Methoden stehen auch heute noch in Ehren, werden aber jetzt durch einen Patriotismus gerechtfertigt, der sich nicht scheut, an Beispiele in der grauen Vergangenheit anzuknüpfen. Der unabhängige aussenpolitische Kurs Rumäniens wird bewusst auf die Tradition der Moldau- und Walacheifürstentümer zur Zeit der türkischen Vorherrschaft zurückgeführt.

Die Meinungsverschiedenheiten mit der Sowjetunion drehen sich nicht nur um China und den Nahost-Konflikt, sondern betreffen die gesamte Beurteilung des Weltgeschehens. Ceausescu gelang es in einer kürzlichen Rede sogar, die sowjetische Politik als gefährlicher als die amerikanische darzustellen. Die Sowjetunion unternimmt daher beträchtliche Anstrengungen, um Rumänien

vom Eintritt in das Lager der "Blockfreien" abzuhalten (es wäre dort sicher eher am Platz als Kuba). Man empfindet in Moskau auch die hartnäckigen Anspielungen auf die verlorenen rumänischen Provinzen und die Weigerung, an Manövern des Warschauerpaktes teilzunehmen.

Diese Politik ist in einer in Europa selten gewordenen Weise mit der Person von Ceausescu verbunden und dient diesem als Rechtfertigung für sein hartes Regime im Innern. Gewisse Zeichen des Widerstandes an der Basis, wie etwa der Bergarbeiterstreik von 1977, könnten aber gelegentlich die Revision gewisser Positionen nötig machen.

Bulgarien ist eine Art Mustersatellit. Die Russen sind dort wegen ihrer Rolle im Befreiungskampf von 1878/79 immer noch populär. Wegen der strategischen Lage des Landes - in der Nähe des Bosphorus und des Aegäischen Meeres - ist die Sowjetunion noch viel weniger als anderswo gewillt, hier irgendwelche Seitensprünge zu dulden. Das Regime Schiwkoff sitzt seit einem mysteriösen Staatsstreichversuch im Jahre 1965 sicher im Sattel. Immerhin konnten aber in den letzten Jahren einige Anzeichen von Opposition festgestellt werden. Das Land industrialisiert sich zwar, wird seinem Ruf als Produzent landwirtschaftlicher Produkte aber weiterhin gerecht. Hauptsorge der Aussenpolitik bleibt der Streit mit Jugoslawien um die Pirin-Mazedonen. Bei den von gewissen Gegnern verbreiteten Gerüchten von einem Eintritt Bulgariens in den Staatsverband der Sowjetunion handelt es sich mehr um Befürchtungen denn um konkrete Pläne.

5. Schlussfolgerungen

Die Zukunft dieser Länder hängt vor allem von der inneren Entwicklung in der Sowjetunion ab, wo eine bedeutsame Machtablösung bald bevorsteht. Die künftigen sowjetischen Führer sind zwar eine völlig unbekannte Grösse, aber auch sie werden den Rahmen eines ungemein starren Systems nicht sprengen können. Werden sie die nötige Gewandtheit und Vorstellungskraft besitzen, um mit Osteuropa jene "organischen Bande" anzuknüpfen, von denen Sonnenfeldt sprach? Man kann seine Zweifel haben.

In diesem Gesamtrahmen gibt es wenig Veränderungen, die in Osteuropa voraussehbar sind. Es wird indessen von den nationalen Führern - die auch nicht mehr die jüngsten sind - abhängen, ob sie sich etwas mehr Bewegungsfreiheit schaffen können. Der Westen kann zu dieser Entwicklung beitragen, indem er den Ländern Osteuropas neue Gelegenheiten zur Zusammenarbeit bietet und indem er weiterhin sein Interesse für sie bekundet.

Langfristig erscheint es fraglich, ob die "neuen Klassen" sich mit der untergeordneten Rolle begnügen werden, die sie heute spielen. Mit vermehrter politischer Tätigkeit könnte auch der in dieser Gegend einst so vehemente Nationalismus wieder aufflammen und damit die Spannungen zwischen jenen Ländern, bei denen Fragen dieser Art noch hängig sind.

Auch die Entwicklung im Westen hat für Osteuropa eine tragende Bedeutung, nicht nur wegen der kulturellen und geschichtlichen Bande, sondern wegen der fehlenden Ausstrahlungskraft des sowjetischen Kulturmodells. Westliches Ideengut, Modeströmungen, politische und wirtschaftliche Entwicklungen werden immer mit begeistertem Interesse verfolgt und - soweit es die Umstände erlauben - nachgeahmt werden.

Die Lage in Südostasien
(Vietnam, Kambodscha, Thailand)

1. Die Nahtstelle zweier grosser Zivilisationen

Der Name "Indochina" - ein westlicher Kommunistenführer bezeichnete ihn kürzlich als lächerlich - ist in Tat und Wahrheit eine prägnante Abkürzung für ein kulturelles Phänomen von grosser Tragweite. Jene "Halbinsel in der südlichen Mitte", wie sie die Chinesen nennen, ist der Ort, wo die chinesische und die indische Zivilisation in ständiger Berührung leben und sich gegenseitig beeinflussen. Eine scharfe Grenze zwischen den beiden ist kaum zu erkennen; sie gehen vielmehr fliessend ineinander über. Ueber die ethnische Zugehörigkeit besteht dagegen kein Zweifel, entspricht sie doch tiefen Unterschieden in der Mentalität und in den Wertvorstellungen. Dies bedeutet aber keineswegs eine Gegensätzlichkeit oder gar Rivalität zwischen den beiden Kulturen, im Gegenteil, denn der Buddhismus wirkt durch seine Rolle, die er sowohl in China (und Vietnam), als auch in Südostasien spielt, als verbindendes Element. Die Auseinandersetzungen waren politischer Art.

Die Reiche - heute Staaten - bekriegen sich in einem säkularen Kampf, der in den letzten Jahrhunderten unter dem Zeichen des unaufhaltsamen Vormarsches der Vietnamesen nach Süden und Südwesten stand.

Von der äusserst komplizierten Geschichte der Halbinsel seit der Eroberung des Deltas des Roten Flusses durch die Chinesen vor rund zweitausend Jahren seien im folgenden einige Hauptereignisse festgehalten.

Vietnam ist ursprünglich eine recht eigenwillige chinesische Provinz, die sich nach mehreren Aufständen im 10. Jahrhundert dauernd selbständig macht. Sie erstreckt sich damals ungefähr bis zum 19. Breitengrad. Kultur und Schrift sind chinesisch und auch die Verwaltung ist ein genaues Abbild derjenigen des Reiches der Mitte.

Weiter südlich, in der Gegend des Mekong-Deltas, liegt das Königreich Tschampa. Es entstand zu Beginn des christlichen Zeitalters und wurde in der Folge allmählich von Vietnam erobert, um gegen Ende des 15. Jahrhunderts völlig zu verschwinden.

Unmittelbarer Nachbar Vietnams im Westen ist das Khmer-Reich. Es reicht zur Zeit seiner grössten Entfaltung (um 1200) vom Chinesischen Meer bis zum Indischen Ozean und umfasst ausser Kambodscha auch Thailand, Laos und den Norden des heutigen Malaysia. Sein Niedergang beginnt mit der Ankunft von Thai-Stämmen aus China im Oberlauf des Menam und in der Gegend des mittleren Mekong, die im Westen das Königreich Siam (14. Jahrhundert) und im Osten Laos begründen (16. Jahrhundert). Siam vergrössert sich rasch auf Kosten des Khmer-Reiches, und mit der Eroberung Angkors durch die Thai im 15. Jahrhundert ist das Ende der hinduistischen Khmer-Zivilisation erreicht. Kambodscha wird buddhistisch und fristet in den folgenden Jahrhunderten ein glanzloses Dasein als Vasall Siams, zeitweise auch Siams und Vietnams, die beide ihrerseits wieder Untertanen des Kaisers von China sind. Saigon, das Mekong-Delta und das Kap Ka Mau - alles Khmer-Territorien - fallen zwischen dem Ende des 17. Jahrhunderts und Anfang 19. Jahrhundert allmählich in vietnamesische Hände.

Vom 16. Jahrhundert an treffen europäische Seefahrer in der Gegend ein und errichten Stützpunkte und Handelsniederlassungen. Die Spanier und Holländer beginnen in Kambodscha eine Rolle zu spielen, die Franzosen in Siam und Vietnam. Ihre Missionstätigkeit lässt eine blühende katholische Gemeinschaft entstehen.

Zu Ende des 18. Jahrhunderts tauchen in Siam und Vietnam fast gleichzeitig zwei neue Dynastien auf, womit in beiden Ländern eine Zeit der Aktivität und Expansion einsetzt. Das eine wie das andere möchte sich auf Kosten von Kambodscha ausdehnen. Siam bemüht sich zudem erneut um Einfluss in Laos. In Vietnam stellt die neue Dynastie die Einheit des Landes wieder her, das seit dem 16. Jahrhundert unter einem nominellen Herrscher in zwei Teilfürsten-

tümer zerfallen ist. Das südlichere der beiden, das Haus Nguyen, einigt das Reich mit Hilfe eines kleinen, von Franzosen befehligten modernen Geschwaders. Französische Flotteneinheiten spielen von nun an eine immer wichtigere Rolle in der vietnamesischen Politik. Nach einem Sieg über den chinesischen Oberlehnsherrn kann Frankreich schliesslich 1885 seine Herrschaft über ganz Vietnam antreten. Gleichzeitig schützt es Kambodscha und Laos als seine Protektorate vor den territorialen Uebergriffen der Siamesen. Da das von Briten und Franzosen umworbene Siam es geschickter als andere versteht, sich der neuen Zeit anzupassen, entgeht es der Kolonisierung.

Das ostasiatische Kolonialsystem mit seinem finanziellen Rückhalt in den fernen Metropolen entstand zu einer Zeit des Niedergangs Chinas. Es wäre aber von dem nun plötzlich expandierenden Japan unmittelbar bedroht gewesen, hätte sich dieses nicht bereit gefunden, sich an ihm zu beteiligen. So war denn den Kolonien eine Gnadenfrist gewährt, die solange dauerte, bis Japan zur Einsicht gelangte, es könne den ihm zustehenden Platz als Grossmacht nicht auf friedliche Weise erhalten. Es beschloss daher, sich diese Stellung zu erobern.

Die vorübergehende Schwäche Frankreichs und, in geringem Masse, Grossbritanniens nach den Niederlagen von 1940 erlaubte es den Japanern, sich mühelos in Indochina festzusetzen. Mit den Eroberungen im Pazifikkrieg, die später Teil jener "Sphäre des allseitigen Gedeihens Gross-Ostasiens" werden sollten, war der Weg für die Beseitigung der Kolonialmächte geöffnet. Selbst jene Nationalistenführer, die den japanischen Eroberern keinen Widerstand geleistet hatten, verstanden es bei Ende der Besetzung, die Gelegenheit zu ergreifen, um rasch die Unabhängigkeit ihrer Länder herbeizuführen. Thailand, das - auf dem Papier - an der Seite Japans gekämpft und zwei kambodschanische Provinzen eingenommen hatte, musste diese bei Kriegsende zurückgeben. China verlor keine Zeit, um seine Rechte an Vietnam wieder geltend zu machen, indem es den

- 36 -

Norden des Landes kurzerhand besetzte und Frankreich zur Unterzeichnung eines Abkommens zwang, das die Unabhängigkeit des Gebietes als "Staat der Indochinesischen Föderation und der französischen Union" feststellte (6. März 1946).

2. Indochina im Krieg

Die indochinesische Föderation war der Rahmen, den man sich in Paris ausdachte, um die französische Souveränität über Indochina aufrechtzuerhalten. Vietnam erscheint darin dreigeteilt (Annam, Cochinchina und Tonkin), und die Rolle der beiden anderen Staaten ist eher unklar. Die indochinesische Umwelt ist der damals dynamischsten politischen Kraft Vietnams, der indochinesischen kommunistischen Partei, vertraut. Sie war von Ho Chi Minh, einem ehemaligen Mitglied der französischen K.P., gegründet worden und fasst eine vietnamesische Vorherrschaft über Kambodscha und Laos - wo sie eigentlich keine Anhänger besitzt - von Anfang an ins Auge. Aber die Föderation geht wegen der im Abkommen vom 6. März 1946 versprochenen Einheit Vietnams in Frühe. Der französische Hochkommissar will nämlich Cochinchina daraus herauslösen und schafft damit das Haupthindernis einer Einigung zwischen Ho Chi Minh und Frankreich. Im Dezember 1946 bricht der Krieg aus.

Während Ho Chi Minh, der die indochinesische kommunistische Partei wieder aufgelöst hat, mit seiner "Viet-Minh" (Liga für die Unabhängigkeit Vietnams) den revolutionären Krieg führt, versucht Frankreich, eine neue Idee, die "assozierten Staaten von Indochina", in die Tat umzusetzen und bildet zu diesem Zweck in Saigon eine vietnamesische Regierung, deren Mitglieder sich aus mit der Viet-Minh im Streit befindenden nationalistischen Gruppen rekrutieren. Hier liegen die Anfänge der Idee einer Teilung, die dann an der Genfer Konferenz von 1954 wieder auftaucht. Kambodscha und Laos hingegen nähern sich auf recht friedliche Weise ihrer Unabhängigkeit bis der Viet-Minh in den letzten Jahren des Indochinakrieges ihr Territorium verletzt, um das französische Expeditionskorps einer indirekten strategischen Bedrohung auszusetzen.

Nationalchina hat sich aus dem Krieg herausgehalten. Das kommunistische China stellt dem Viet-Minh auf seinem Gebiet

- 38 -

Schlupfwinkel zur Verfügung und entscheidet damit den Kriegsausgang. Von 1950 an gelingt es dem von seinen chinesischen Basen aus operierenden Viet-Minh, die Linie der französischen Stützpunkte an der Grenze zum Fallen zu bringen. Später bricht die von China gelieferte schwere Artillerie den Widerstand von Dien Bien Phu.

An der Genfer Konferenz von 1954 nehmen sowohl China, als auch die Sowjetunion eine zwiespältige Haltung ein. Beide, vor allem aber China, fügen sich in die Teilung Vietnams und gewähren den von Vietnam in Laos und Kambodscha ausgelösten Bewegungen nur mässigen Beistand.

Die Vereinigten Staaten, die Frankreich in Indochina seit 1950 unterstützt haben, antworten auf den Sieg des Viet-Minh mit der Schaffung der SEATO (ein Sicherheitspakt zwischen Australien, den Vereinigten Staaten, Frankreich, Grossbritannien, Neuseeland, Pakistan, den Philippinen und Thailand), welche die Unversehrtheit Süd-Vietnams garantiert (Süd-Vietnam selbst kann aufgrund der Bestimmungen der Genfer Vereinbarungen nicht beitreten). Kambodscha und Laos lehnen die Garantie ab.

Nord-Vietnam versucht anfänglich, dem Entwicklungsmodell Chinas zu folgen, ohne aber deshalb seine engen Beziehungen zu Moskau abubrechen. Die Agrarreform im chinesischen Stil führt aber zu Revolten, so dass sich die vietnamesischen Führer, vor allem nach dem "Grossen Sprung nach vorn", von den Auffassungen Mao Tse-tungs zu distanzieren beginnen. Das Regime erfährt Erschütterungen durch die Krise des 20. Parteikongresses der KPdSU und durch die "Kampagne der hundert Blumen" in China. In der Auseinandersetzung um den Revisionismus steht es auf der Seite der Chinesen und nimmt eine harte Haltung ein. Trotzdem muss es mit beiden kommunistischen Riesen auf gutem Fusse stehen, denn 1959 beschliesst es, die aufständischen ehemaligen Vietminh-Kämpfer in Südvietsnam zu unterstützen. Diese erheben sich gegen das Regime von Diem, welcher es beständig ablehnt, die für eine Wiedervereinigung nötigen Wahlen durchzuführen.

Während sich die Konfrontation zwischen Nord und Süd weiterentwickelt, suchen die beiden benachbarten Königreiche ihren Weg zwischen den zwei gegnerischen Welten des Kalten Krieges. In Kambodscha manövriert Prinz Sihanouk, der Staatschef gewordene frühere König, dank China zuerst recht geschickt zwischen Nordvietnam und den Vereinigten Staaten. In Laos erhebt sich zwischen den Neutralisten Prinz Souvanna Phoumas und der von den Vereinigten Staaten unterstützten Rechten ein Streit um die Beteiligung an der Pathet-Lao-Regierung, die unter der Schirmherrschaft Nordvietnams steht. Es kommt zum Bürgerkrieg und zur ausländischen Intervention. Eine in Genf zusammengetretene Konferenz der beteiligten Länder proklamiert dann die Neutralität von Laos. Der Kleinkrieg zwischen den Parteien dauert aber an. Einige Jahre darauf beginnt Nordvietnam die benachbarte Grenzzone der Küstenkette von Annam zu benützen, um über den "Ho Chi Minh-Pfad" Waffen und später auch Truppen in den Süden zu bringen. Die Amerikaner schlagen mit Bombenangriffen zurück und verstärken ihre Unterstützung für die irregulären Meo-Truppen von General Vang Pao.

Der Kampf gegen das Regime Diem wird mit Hilfe der mehrheitlich kommunistischen ehemaligen Vietminh geführt, die sich jetzt "Revolutionäre Volkspartei" nennen. Im Jahre 1960 bilden sie mit Hanois Hilfe die "Nationale Befreiungsfront Südviets" (Viet-cong). Diese Organisation übernimmt in der Folge die Leitung des bewaffneten Kampfes. Vom Herbst 1964 an wird sie von einem ständig anwachsenden Zustrom nordvietnamesischer Truppen unterstützt, während die Vereinigten Staaten Diem mit Waffenlieferungen und zahlreichen Beratern unter die Arme greifen.

Der Krieg setzt dem Regime Diem stark zu. Es sieht sich auch dem Widerstand der Buddhisten gegenüber (Diem selbst ist katholisch) und wird schliesslich von den Amerikanern fallengelassen. Generäle führen den Umsturz herbei und lösen sich gegenseitig an der Macht ab, aber die militärische Lage wird so kritisch, dass die Vereinigten Staaten beschliessen, direkt zu intervenieren.

- 40 -

Die Beziehungen Nordvietnams zu seinen grossen sozialistischen Verbündeten durchlaufen in jenem Zeitpunkt eine kritische Phase. Obwohl es sich an der Kampagne gegen den Revisionismus Chruschtschows beteiligt, folgt es nicht völlig Pekings Kurs. Auf den Sturz Chruschtschows folgt eine Wiederannäherung an die Sowjetunion, äusserlich sichtbar durch die Reise Kossygin nach Hanoi. Der damit zusammenfallende Beginn der schweren Bombenangriffe durch die amerikanische Luftwaffe und die Landung eines amerikanischen Expeditionskorps mit mehreren hunderttausend Mann stellen die Sowjetunion und China vor eine politische Entscheidung von grosser Tragweite. Die UdSSR will in Europa Entspannungspolitik betreiben, wenn auch gewisse unorthodoxe Ideen Chruschtschows über Bord geworfen werden. China steht der Krise mit einer tief gespaltenen Führung gegenüber. Die eine, traditionellere Gruppe befürwortet eine enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion in Vietnam. Die andere Gruppe, mit Lin Piao als Sprecher, lehnt jede Konzession an die Sowjets (insbesondere Stützpunkte) ab und empfiehlt den vietnamesischen Revolutionären etwas zynisch den "Volkskrieg". Schliesslich schwenkt China auf einen Mittelweg ein, indem es den Vereinigten Staaten einerseits deutlich seinen Wunsch kundgibt, nicht in den Konflikt verwickelt zu werden, andererseits aber auch keinen Zweifel darüber belässt, dass das Eindringen terroristischer amerikanischer Truppen in Nordvietnam einen "casus belli" darstellen würde. Es duldet den Transit von schwerem russischen Material über sein Territorium und liefert selbst Reis und leichte Waffen.

Während der Vietnamkrieg seinen Höhepunkt erreicht, bricht in China die Kulturrevolution aus. Der kommunistische Parteiapparat wird zerschlagen und die Armee muss eingesetzt werden, nicht nur um die Ordnung wiederherzustellen, sondern auch, um die öffentlichen Dienste und sogar Fabriken in Betrieb zu halten. In der "Demokratischen Republik Vietnam" verfolgt man diese Entwicklung mit umso mehr Besorgnis, als die Unruhen während Monaten alle Verkehrswege vor allem in der Provinz Kwangsi lahmlegen,

wo die Haupteisenbahnlinie nach Hanoi durchführt. Zudem greift die Agitation nun auf die Hoas (Vietnamchinesen) über. China hat kein Interesse, den Vereinigten Staaten die immer drückender werdende Kriegslast abzunehmen und fordert deshalb von den vietnamesischen Führern Unnachgiebigkeit.

Mit der Tet-Offensive (Januar/Februar 1968) ist der Wendepunkt erreicht. Während einer Waffenruhe schlägt der Vietcong auf die südvietnamesischen Städte zu. Trotz der anfänglichen Ueberraschung gelingt es den Amerikanern und der Armee des Thieu-Regimes die Angriffe abzuschlagen und in kurzer Zeit das verlorene Gebiet zurückzuerobern. Der politische Schock ist aber derart, dass Präsident Johnson die Entsendung von Verstärkungen anordnet. Noch bedeutsamer wird vielleicht die Tatsache, dass der FNL in der vergeblichen Hoffnung auf einen allgemeinen Aufstand sein geheimes Dispositiv verraten hat und Verluste erleidet, die nicht wieder wettzumachen sind. Die Bürde des Kampfes ruht von nun an auf den Schultern der Nordvietnamesen.

Trotzdem wird der FLN zu den in Paris stattfindenden Verhandlungen zugelassen. Er benutzt die Gelegenheit, um unter seiner Flagge und mit seiner "offiziellen" Hymne eine "Provisorische Revolutionsregierung" zu bilden (PRR).

Nach der Entscheidung Präsident Nixons, die amerikanischen Truppen schrittweise zurückzuziehen (Herbst 1969), überstürzen sich die Ereignisse. Die wachsende Zahl nordvietnamesischer Soldaten, die in jenem Abschnitt des Ho Chi Minh-Pfades stationiert werden, der Kambodscha durchquert, gefährdet die von Nixon verfolgte Politik der "Vietnamisierung" und drängt auch Prinz Sihanouk in eine immer schwierigere Lage. Eine zusammengewürfelte Gruppe, die glaubt, den Abzug der Nordvietnamesen bewirken zu können, bringt ihn durch einen Staatsstreich zu Fall, als er sich in Moskau und Peking um Unterstützung für die Verringerung dieser Truppen bemüht. Mit dem Beistand der noch in ihren Anfängen steckenden Rebellen der "Roten Khmer" marschieren hierauf

nordvietnamesische Streitkräfte in Richtung Phnom Penh. Der Angriff löst ein Massaker unter den in Kambodscha lebenden Vietnamesen aus und führt zu einer amerikanisch-südvietnamesischen Intervention. Nun ist auch Kambodscha in den Krieg verwickelt. Prinz Sihanouk weilt in Peking, wo Tschu En Lai sich seiner bedient, um ein bemerkenswertes diplomatisches Unternehmen durchzuführen. Man gründet eine Regierung der nationalen Einheit, in welcher eine der Fraktionen der Roten Khmer teilnimmt, die "Sorbonne-Gruppe" unter Khieu Samphan (sie ist allerdings erst seit kurzem im Untergrund tätig). Anschliessend wird in der Nähe von Kanton eine "Gipfelkonferenz der Völker Indochinas" inszeniert, an der Tschu En Lai zwar verspätet auftritt, aber doch Beachtung findet. Auf diese Weise sichert sich China seine Rückkehr in die Politik Indochinas, nachdem es wegen der Kulturrevolution während längerem abseits stand. Peking benützt den gegenüber Vietnam sehr misstrauischen Sihanouk als Trumpf, um die Unabhängigkeit und territoriale Integrität Kambodschas unter den neuen Bedingungen zu bewahren.

Mit Kissingers Reise nach China im Jahre 1971 entsteht eine neue Krise in den vietnamesisch-chinesischen Beziehungen. Gleichzeitig treten die Verhandlungen in Paris in eine entscheidende Phase ein. Nach dem Scheitern einer Offensive Nordvietnams und neuen amerikanischen Bombardierungen werden sie Ende 1972 abgeschlossen.

Die Vereinigten Staaten mussten sich mit der Präsenz nordvietnamesischer Verbände in Südvietnam abfinden. In Kambodscha, wo die Roten Khmer ihre eigenen Kräfte nach und nach verstärkten und wo die seit 1963 im Untergrund operierende Splitterpartei Pol Pot-Jeng Sary an Einfluss gewinnt (Jeng Sary trifft im Sommer 1971 in Peking ein), weigern sich die Khmer den Waffenstillstand anzuerkennen, was amerikanische Bombardierungen nach sich zieht, die im August 1973 durch einen Kongressbeschluss zu Ende gehen.

In Südvietsnam bleiben die in den Pariser Abkommen vorgesehenen politischen Verhandlungen zwischen der Regierung Thieu und der PRR stecken, während im "Leopardenfell" ein verkappter Krieg anhält. Bald folgt ein brüskes Ende. Eine örtlich begrenzte Niederlage schlägt durch einen unglücklichen Rückzugsbefehl des Präsidenten Thieu in eine heillose Flucht um, in der die Ueberlegenheit der Nordvietnamesen (drei zu eins bei den Eliteeinheiten) der südvietnamesischen Armee jegliche Chance raubt. Der Kongress lähmt die Entscheidungsfähigkeit von Präsident Ford. Saigon fällt am 30. April 1975, Phnom Penh seinerseits wurde schon am 17. des gleichen Monats erobert.

3. Die Nachkriegszeit

Obwohl Nordvietnam die Gültigkeit der Pariser Verträge weiterhin bekräftigt, bedeutet der Fall Saigons deren Ende. Die Besetzer lassen einen Versuch des Signatarstaates Frankreich ausser acht, im letzten Augenblick die vorgesehene Koalitionsregierung zu bilden. Sie stützen sich offensichtlich darauf ab, dass ihre Anwesenheit auf dem Recht des Eroberers beruht. Die PRR, gemäss Hanoi die legitime Regierung des Südens, ergreift weder Besitz seiner nach Ho Chi Minh umgetauften Hauptstadt, noch übt sie irgendwelche Funktionen aus, seien diese auch bloss formeller Art. Beamte des Nordens nehmen alle Verwaltungsstellen ein und setzen ein beschleunigtes Wiedervereinigungsprogramm in Gang. Es wäre zwecklos an die einzelnen Teilschritte zu erinnern, die ohnehin keine materielle Bedeutung hatten. Im selben Augenblick der Wiedervereinigung wird Vietnam zur sozialistischen Republik erklärt.

Hanoi sieht sich vor einem drückenden Erbe. Das Land ist durch einen Krieg verwüstet, den die Amerikaner mit zerstörerischen Mitteln unter Einschluss von chemischen Stoffen betrieben haben. Die Wirtschaft des Nordens war einzig auf die Unterstützung der Front ausgerichtet; eine riesige ausländische Armee hatte diejenige des Südens aus dem Gleichgewicht gebracht. Dazu kamen die Toten, die Verstümmelten und die verschiedenartigen seelischen Schäden. Die militärische Operation trieben zahlreiche Flüchtlinge in die Städte.

Die engstirnigen Konzepte des Siegers vergrössern die Schwierigkeiten. Nachdem man die amerikanischen Vorratslager (die heute noch die "Thief Markets" des Südens beliefern) zur Plünderung freigegeben hat, schliesst man die Banken und unterbricht den internationalen Handel, was die Industrie Saigons zum Erliegen bringt. Einerseits will man die Bauern, welche die Städte im Krieg überflutet haben, ebenso wie die als unnütz betrachteten Stadtbewohner aufs Land zurücksenden; andererseits sind die als Auffanggebiete gedachten Wirtschaftszonen weder organisatorisch noch ausrüstungsmässig darauf

vorbereitet. Nach einigen Jahren sieht man den Fehlschlag dieser Pläne ein. Dies hindert das Regime heute nicht daran, eine Kampagne zur Kollektivierung der Landwirtschaft im Süden durchzuführen. Die ersten offiziellen Kommentare dazu sind nicht sehr optimistisch. Es scheint insbesondere, dass sich in jenen Gebieten ein lebhafter Widerstand regt, in denen das Thieu-Regime Landreformen vorgenommen hat.

Der Reis ist rationiert, aber die Versuche, ihn zu tiefen Preisen bei den Bauern zu kaufen, enden in nichts anderem als in einer Stärkung des traditionellen Verteilungssystems (welches über die chinesischen Händler verläuft). Die Monatsration beträgt ein Kilogramm, und die Nahrungsmittelknappheit ist allgemein. Bestrebungen, die Unternehmen wieder in Betrieb zu setzen, scheitern an der Unfähigkeit der Bürokratie, die auch die Anwendung einer an sich liberalen Gesetzgebung im Rahmen von Joint Ventures verhindert. Die Verschleppung von Führungskräften des Thieu-Regimes in Umerziehungslager beraubt das Land der unentbehrlichen Fachkräfte.

Im Norden ist die Lage keineswegs besser. Die Soldaten kehrten mit einer Beute heim, die im Gegensatz zur Armut des Landes steht. Die Kader neigen zur Korruption und die Bevölkerung will nach so vielen Opfern den Frieden geniessen. Die Arbeitsdisziplin, welche im Krieg durch die nun verschwundene Gefahr angespornt wurde, nimmt ab. Gewisse Unternehmen arbeiten nur noch vier Stunden pro Tag.

Das Regime war bei der Wiederanpflanzung brachliegender Felder recht erfolgreich und, erzielte in einzelnen Gegenden bemerkenswerte Ergebnisse. Die Trockenheit von 1977 und die Ueberschwemmungen von 1978 zerstörten jedoch einen grossen Teil der Ernte, so dass sich Vietnam um internationale Hilfe bemühen muss.

Im kulturellen Bereich ergibt sich ein kontrastreiches Bild. Auf der einen Seite sind beträchtliche Erziehungsanstrengungen zu verzeichnen, welche die im Norden bereits seit 1954 laufenden Bestrebungen fortsetzen, die selbst in der Wissenschaft Resultate hervorbrachten (Mathematikschule in Hanoi). Dies geht mit dem Willen

einher, die traditionelle Kultur, wie Literatur und Musik, zu beleben. Auf der andern Seite besteht eine kleinliche Zensur schriftstellerischen Schaffens, der weder Camus noch Hermann Hesse entweichen. Die Bücher werden bis in die Privatwohnungen hinein beschlagnahmt.

Das Regime hatte die Thieu-Armee ohne viel Aufhebens entwaffnet. Hingegen setzten einige unerbittliche Gruppen den Widerstand fort, und in den Städten legten sich gewisse Gegner Waffenlager zu. Ihre Aktionen haben sich im Verlauf der letzten Zeit verstärkt, dies zweifellos als Folge der Hungersnot. Unter den Bewegungen befinden sich insbesondere unnachgiebige Katholiken, die früher aus dem Norden emigriert waren.

In Laos geriet die "neutralistische" Regierung von Souvanna Phouma in den Sog des Südvietnamdebakels von 1975. Der Pathet Lao gelangte auf friedlichem Wege an die Macht, wobei aber sein geschichtlicher, mit einer Vietnamesin verheirateter Führer, Prinz Souvanou Vong, nur noch die Funktion eines Aushängeschildes wahrnahm. Der wichtigste Kopf des Neo Lao Haksat, Phoumi Vongvichit, wurde zugunsten eines vietnamesischen Mischlings, Kaysone Phomvihane, eliminiert.

Sobald das Regime die Macht ausübte, schritt es zu einer überstürzten Kollektivierung der Landwirtschaft, welche die Produktion in arge Bedrängnis brachte und lebhaften Widerstand wachrief. Da die Regierung ihren Kurs weiter verhärtet hat, ist die Versorgungslage katastrophal.

Die Widerstandsherde gegen das Regime vervielfachten sich: Die Meo-Bergbewohner setzten ihren Kampf fort. Königstreue und neutralistische Gruppen, die unter der Leitung ehemaliger Regierungsmitglieder stehen, haben sich ihnen angeschlossen. Andere Untergrundbewegungen entstanden aus den Reihen von Deserteuren des Pathet Lao. Offenbar fanden mehrere Verschwörungen und Mordversuche gegen Phomvihane statt. Die Zahl der Flüchtlinge ist in diesem Jahr stark angeschwollen.

Mehr als bisher stützte sich die laotische Regierung in dieser Lage auf Vietnam. Der Vertrag über Freundschaft und gegenseitige Zusammenarbeit vom 18. Juli 1977 stellte das Land praktisch unter ein Protektorat Vietnams, dessen Experten (wie diejenigen anderer Oststaaten) mit der Hilfe von drei Divisionen die Verwaltung in Vientiane kontrollieren. Durch das ebenfalls im Juli 1977 abgeschlossene Grenzregulierungsabkommen scheint das Gebiet des ehemaligen Ho Chi Minh-Pfades an Vietnam abgetreten worden zu sein.

Zu einem Zeitpunkt, in dem ein bewegter Bürgerkrieg zu Ende ging, der für sich allein schon genügend Opfer forderte, erlebte Kambodscha eine Tragödie, deren Ausgang unabsehbar ist.

Wie erwähnt, führten die Roten Khmer diesen Krieg mit beträchtlicher Unterstützung Nordvietnams. In Wirklichkeit besass Prinz Sihanouk, den die Khmer als Staatsoberhaupt anerkannt hatten, nicht die geringste Autorität. Er beschränkte sich darauf, in der Dritten Welt eine Regierung der nationalen Einheit zu propagieren. Die Chinesen hofften indessen, dass es ihm seine Popularität erlauben werde, in einem zukünftigen Kambodscha eine Rolle zu spielen.

In der Tat standen die Roten Khmer unter der Leitung der kommunistischen Partei von Kampuchea (KPK), einer Organisation, deren Existenz man verleugnete (was bis Ende des vergangenen Jahres geschah). Heute wird darüber gestritten, ob diese Partei 1951 oder 1960 geschaffen wurde. Wie dem auch sei, Pol Pot gilt seit 1960 als ihr Führer zusammen mit einer kleinen Gruppe von Lehrern, von denen einige in Frankreich studiert und die in Phnom Penh eine Privatschule betrieben hatten.

Das Programm der Roten Khmer blieb immer verschwommen. Ihre wesentlichen Versprechen besagten indessen, dass, abgesehen von einer Handvoll Verräter, niemand etwas zu befürchten hätte, und dass man die buddhistische Religion respektieren würde. Noch vor ihrem Sieg im Februar 1975 entschied sich jedoch die Führung, alle Städte des Landes zu räumen (diese befanden sich damals fast ausnahmslos in den

Händen ihrer Gegner). Der Beschluss rührte nicht, wie behauptet wird, von den Erfordernissen der Lebensmittelversorgung her, sondern zielte darauf ab, die "Agenten der CIA und die Konterrevolutionäre" zu beseitigen, das heisst, die Opponenten, die man von vornherein in den Städten anzutreffen glaubte.

Die Verschleppung der Stadtbevölkerung, welche allein schon zahlreiche Opfer verursacht hat, war nur der Anfang des Leidensweges der Kambodschaner. Alle Bewohner der früher vom Regime Lon Nol kontrollierten Gebiete wurden als "Gefangene" betrachtet und mussten sich einer von der Armee beaufsichtigten Zwangsarbeit unterwerfen. Die restliche Bevölkerung wurde in "Genossenschaften" zusammengefasst, die sich nur durch die weniger harte Disziplin sowie die bessere Verpflegung, aber kaum durch ihre Organisation von der Zwangsarbeit unterschieden. Die "Agenten" des vormaligen Regimes (ein Begriff, der selbst noch die Unteroffiziere der Lon Nol-Armee einschliesst) wurden verfolgt und hingerichtet. Angesichts der allgemeinen Verwirrung, in der sich die Umsiedlung der Bevölkerung vollzog, gelang es aber vielen, dem Tod zu entrinnen und sogar ins Ausland zu flüchten.

Die buddhistische Religion wurde abgeschafft und das gesamte Familienleben einer straff organisierten Disziplin unterstellt. Jegliche noch so geringfügige private Tätigkeit blieb verboten.

Dieses Sklavensystem, welches auf das Geld verzichtete und die Arbeit mit in Konservenbüchsen abgemessenen Reisrationen entschädigte, war ursprünglich rein agrarisch. Heute verfügt es über einige industrielle Betriebe, namentlich in Phnom Penh. Darin sind aber keine Arbeiter beschäftigt, sondern Soldaten der Befreiungsarmee, die häufig kaum zwölf Jahre alt sind.

Die Regierung unternahm gewaltige Anstrengungen zur Bewässerung von Ackerland. Es ist nicht möglich, über Nutzen und Ergebnisse dieser Massnahmen ein klares Bild zu gewinnen. Die anfänglich lächerlich kleinen Rationen vergrösserten sich jedoch zu Beginn des Jahres 1977. Mangels Medikamenten nahmen die durch Krankheit bedingten

Todesfälle stark zu. Weiter berichteten Flüchtlinge über einen beträchtlichen Rückgang der Fruchtbarkeit.

Was Erziehung und Ausbildung anbelangt, tappt man im Dunkeln. Sie scheinen sich aufgrund des Fehlens von Lehrkräften auf die Wiederholung der offiziellen Schlagworte zu beschränken.

Es bestehen keine sicheren Angaben über die Zahl der Opfer. Das Regime gab kürzlich 80'000 Hinrichtungen zu. Das entspricht ungefähr dem Prozentsatz jener Unverbesserlichen, zu deren Ausrottung sich Pol Pot ohne weiteres bereit erklärte (Rede vom 27. September 1977). Seine Aussagen über die gesellschaftlichen Veränderungen des Landes erlauben den Schluss, dass sich die Opfer von Entbehrungen und Krankheiten etwa zwischen 400'000 und 500'000 bewegen. Kenner Kambodschas nennen Zahlen, die um vieles höher liegen.

Das Regime durchlebte zahlreiche Krisen, welche jedoch offenbar nicht so sehr von der Innenpolitik ausgingen (obwohl deren extreme Auswüchse einzelnen Führungskräften Schwierigkeiten bereiteten), als von den Unsicherheiten in bezug auf den gegenüber Vietnam und China einzuschlagenden Kurs.

Trotz der ihm zugesprochenen Würde als "Staatsoberhaupt auf Lebenszeit", die er kaum ein Jahr beanspruchen durfte, stand Prinz Sihanouk seit seiner Rückkehr völlig abseits des politischen Geschehens.

Die "Sorbonne-Gruppe" (Khieu Samphan, Hu Min, Hou Youn), die früher mit Sihanouk zusammengearbeitet hatte, wurde praktisch von der Macht ausgeschlossen. Wohl aufgrund seiner einstigen internationalen Stellung behält Khieu Samphan formell das Amt des Staatsoberhauptes; seine beiden Gesinnungsgenossen wurden dagegen nach gewissen Informationen hingerichtet. Der Klüngel um Pol Pot und Jeng Sary, der sich auf China stützt, zweifellos aber engste Beziehungen zur "Viererbande" unterhielt, entledigte sich nach mehreren "Verschwörungen" aller Kader, die sich zu stark an Vietnam angelehnt hatten

(vermutlich fielen diesem Verfahren 2'000 Menschen zum Opfer). Das letzte Komplott dieser Art fand im Mai 1978 statt, also nach Beginn des Krieges mit Vietnam.

* * *

In diesem geschilderten Rahmen brach der Krieg zwischen Vietnam und Kambodscha aus. Seine unmittelbaren Gründe liegen in der Geschichte bei der gemischten Besiedlung des unteren Mekongtals, wo beidseits der Grenze Vietnamesen und Khmer leben. (Die Regierung Kambodschas versichert, dass die in Vietnam lebenden Khmer, die Khmer Krom, 4 Millionen Seelen zählen; wahrscheinlich sind es aber bloss 400'000.) Seit Ende des Vietnamkrieges überfluten kambodschanische Flüchtlinge die Grenzdörfer, wo die Roten Khmer sie dann wieder ins eigene Land zu holen versuchen. Daraus ergeben sich andauernde Reibereien.

Der zweite Grund liegt, wie Pol Pot und seine Freunde zu Recht bemerken, im vietnamesischen Streben nach Vormacht in Indochina. In Laos ist das Ziel erreicht; nun ist Kambodscha an der Reihe.

Dritter Grund ist die chinesische Politik, die in Indochina völlig entgegengesetzte Ziele verfolgt.

Man kann schliesslich zweifellos noch die sowjetischen Anstrengungen um vermehrten Einfluss in Vietnam anführen, die sicher zur Versteifung der chinesischen Haltung beigetragen haben.

Der sino-vietnamesische Konflikt erreichte schon vor dem Fall Saigons eine erste Gefahrenstufe mit der Besetzung der damals noch südvietnamesischen Paracel-Inseln (chinesisch: Hsisha) südöstlich von Hainan. Jene Inseln spielen eine beträchtliche Rolle bei der Abgrenzung des Kontinentalsockels, in dem man Erdölvorkommen vermutet.

Dieser Konflikt lastete von Anfang an auf den Beziehungen zwischen dem neuen Kambodscha und Vietnam. Beim Besuch von Khieu Samphan in Peking wurden 1975 tiefe Meinungsverschiedenheiten über

die Rolle von Prinz Sihanouk sichtbar. Trotzdem nahm China das neue Regime, das sich mit Moskau überworfen hatte, unter seine Fittiche und gewährte ihm Aufbau- und Rüstungshilfe. Es scheint, dass die Zusammenarbeit zur Blütezeit der "Viererbande" besonders eng war. Während der langen Auseinandersetzung, die dem Krieg vorausging, unterstützte die neue chinesische Mannschaft Kambodscha, namentlich anlässlich des Besuches von Pol Pot in Peking (September 1977).

Es scheint, dass Vietnam erst seinen Sieg und dann den Tod von Mao Tse-tung ausnützen wollte, um China der Sowjetunion wieder anzunähern. Das geringe Echo auf diese Bemühungen, die Beunruhigung über den künftigen innenpolitischen Kurs nach Teng Hsiao-pings Rückkehr an die Macht und das Scheitern der während des ganzen Jahres 1977 geführten langwierigen Verhandlungen mit Kambodscha haben wohl gemeinsam bewirkt, dass Vietnam wieder gewaltsam vorging.

Als sich die kambodschanische Armee einem Angriff von überlegenen Kräften (vielleicht bis zu 10 Divisionen) gegenüber sah, verstand sie es, das schwierige Gelände auszunützen, um die Vietnamesen erst zu bremsen und dann zu blockieren. Seit jenem Scheitern werden die Kämpfe mit viel geringeren Mitteln fortgesetzt. Die mehrmals angekündigte grosse vietnamesische Offensive kam nicht zustande, vielleicht weil sich die Vietnamesen auf die Verteidigung ihrer Nordgrenze konzentrieren müssen. Dagegen zählt man in Hanoi auf die Dissidentenbewegungen, die in Ostkambodscha in Erscheinung getreten sind.

China täuschte zuerst eine neutrale Haltung vor, unterstützte aber dann Kambodscha diplomatisch und militärisch. Es bestehen indessen Anzeichen für beträchtliche Spannungen mit der Regierung in Phnom Penh. So war der Besuch von Verteidigungsminister Son Sen in Peking ein offensichtlicher Misserfolg. Auch das Wiederauftauchen von Prinz Sihanouk zeugt davon, dass man sich in Kambodscha bemüht, die Beziehungen zum grossen Verbündeten zu verbessern. Diese Schwierigkeiten blieben aber ohne Einfluss auf die allgemeine chinesische Strategie gegenüber Vietnam, die auf verstärkten Druck abzielt.

Der Vorwand, die Rechte der Hoas zu verteidigen, erscheint recht fadenscheinig, wenn man bedenkt, wie gleichgültig sich Peking gegenüber dem Schicksal der Chinesen in Kambodscha verhält. Trotzdem sieht sich Hanoi zu Recht dem Vorwurf der Diskriminierung ausgesetzt, vor allem der Chinesen in Nordvietnam, aus denen sich die Mehrzahl der Flüchtlinge rekrutierte. Neben der Frage der Staatsangehörigkeit, die natürlich in einem kommunistischen Regime viel aktueller wird als in einem "soft state" à la Diem oder Thieu, spielte das Schulproblem eine grosse Rolle. Die seit Jahren andauernden Schikanen erreichten mit der überstürzten Verstaatlichung des Handels (auch des Kleinhandels im Norden) ihren Höhepunkt und lösten Panik und die Flucht von über 160'000 Hoas aus. Die vietnamesische Industrie hat damit einen empfindlichen Schlag erlitten, denn in den Fabriken arbeiteten viele chinesische Techniker und Facharbeiter. Zudem unterbrach Peking seine Hilfeleistungen.

Die Entscheidung, ob die Auseinandersetzungen zwischen China und Vietnam Folge oder Ursache der Annäherung Hanois an Moskau sind, fällt nicht so leicht, wie es den Anschein erwecken mag.

Vietnam war nie ein Satellit der UdSSR. Getreu seiner Missbrauchspolitik gegenüber der Dritten Welt gewährte Stalin dem Vietminh praktisch keinen Beistand. Wie erwähnt, willigten seine Nachfolger im Hinblick auf ihre Europapolitik in Genf in die Teilung Vietnams ein (1954). Bis zum Sturz Chruschtschows blieben die gegenseitigen Beziehungen oft getrübt. Erst 1965 erhielt Hanoi beträchtliche Hilfe für seinen Kampf gegen die USA. Tatsächlich war diese dann von entscheidender Bedeutung.

Nach Abschluss der Pariser Verträge bemühte sich Vietnam, nicht als sowjetischer Vasall zu erscheinen. Es widersprach beharrlich den Behauptungen, wonach es der UdSSR auf seinem Territorium Marinestützpunkte zugestanden hätte. Nach dem Sieg war offenbar eine massive Hilfe Moskaus an Laos erforderlich, wozu die vietnamesischen Führer den Kreml ermunterten. Sie versuchten auch, grössere Kredite für den Wiederaufbau des eigenen Landes zu erhalten. Dies geschah

namentlich, nachdem es sich erwiesen hatte, dass die USA entgegen Nixons Versprechungen zu keinem Beistand bereit waren. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und die immer schwieriger werdende politisch-strategische Stellung Vietnams verleiten nun das Regime zu einem Schritt, den China als Provokation empfinden muss: den Beitritt zum COMECON. Dieser vollzieht sich mit verdächtiger Eile und offensichtlich zum Missfallen der übrigen Partner der Sowjetunion, die sich bewusst sind, dass man von ihnen namhafte Beiträge erwartet.

Seit jenem Zeitpunkt war die Welt Zeuge einer raschen Ausdehnung des Aetherkrieges und einer Politik der Nadelstiche in den Grenzgebieten. Die auf Vietnam lastende Bedrohung scheint jedoch eher hypothetisch zu sein. Das Gelände, in dem sich die Zwischenfälle abspielten, ist ausserordentlich stark coupiert; die von ihren heimatlichen Stützpunkten sehr weit entfernten chinesischen Truppen müssten sicherlich mit einem wirksamen Widerstand rechnen. Es würde sich dabei um ein gewagtes Unterfangen handeln, in dem China zudem den Makel des Aggressors trüge.

Dagegen steht ausser Zweifel, dass der Druck Chinas, zusammen mit dem Krieg in Kambodscha, für den man offensichtlich sieben südvietnamesische Jahrgänge ausheben musste, und mit der Aufruhr in Laos der Führung Vietnams genügend gefährlich erschien, um den soeben in Moskau unterzeichneten Vertrag zu rechtfertigen, welcher das erste derartige Abkommen des Landes mit einem Staat ausserhalb Indochinas darstellt. Die Genfer Uebereinkommen, an die Vietnam bis zum Abschluss der Pariser Verträge festhielt, untersagten ein solches Bündnis. Seit damals war die Sorge um die Beziehungen mit dem grossen Nachbarn ausreichend, um das Eingehen ähnlicher Bindungen zu verhindern. Es ist augenfällig, dass die Sowjetunion auf diese Weise eine Antwort auf den chinesisch-japanischen Friedens- und Freundschaftsvertrag geben will und dabei gleichzeitig ein Gegengewicht zur chinesischen Politik in Indochina schafft. Hat Hanoi aber in Zukunft Aussichten auf einen vollständigen Sieg über das Regime in Phnom Penh? Dies ist keineswegs sicher. Moskau ist in der Tat nicht daran interessiert, dass Vietnam bei seinen südostasiatischen Nachbarn zum Schreckgespenst wird.

Paradoxerweise sucht Hanoi aufgrund der wachsenden Spannungen mit China eine Annäherung an die USA und verzichtet dabei auf die bisherigen Vorbedingungen in bezug auf eine amerikanische Wiederaufbauhilfe.

Die Vereinigten Staaten nahmen diese Oeffnung mit Vorsicht auf, da sie sich selbst in einer heiklen Verhandlungsphase der "Normalisierung" ihres Verhältnisses zu China befanden. Sie scheinen aber inzwischen davon auszugehen, dass sich schon vor einer Einigung mit Peking diplomatische Beziehungen mit Vietnam herstellen lassen.

4. Die "Dominos"

Die Vereinigten Staaten hatten sich unter dem Einfluss der berühmten Domino-Theorie Präsident Eisenhower darauf eingelassen, die damals junge und heute nicht mehr existierende Republik Vietnam zu stützen. Es ging darum zu verhindern, dass mit ihrem Fall auch die Kontrolle über die südostasiatischen Bodenschätze an die Sowjetunion oder China übergingen.

Durch die Ereignisse des Jahres 1975 sollte diese Theorie unter Beweis gestellt werden und zwar unter bedrohlicheren Umständen als 1954. 1975 war das Potential der nordvietnamesischen Armee sehr viel stärker als früher; sie hatte gerade das beträchtliche Waffenarsenal der südvietnamesischen Armee erobert und stand im Glanz ihres Sieges über die stärkste Weltmacht, auch wenn es ein Forfait-Sieg war.

Nach dreieinhalb Jahren lässt sich feststellen, dass der "Domino"-Effekt nicht eingetreten ist, was nicht heisst, dass die Staaten der Region mit ihren schweren wirtschaftlichen und sozialen Problemen endgültig stabilisiert seien. Tatsächlich waren es die innern und äussern Schwierigkeiten der Sieger selber, welche die bei ihnen sicher vorhandene Versuchung, ihre militärische Ueberlegenheit auszunützen und den Nachbarn einen "Farbwechsel" aufzuzwingen, im Keime erstickten.

Der bedrohteste dieser Nachbarn war Thailand: Es war an den Ereignissen in Laos mitbeteiligt; lange Zeit diente es als Ausgangspunkt für die amerikanischen Bombereinsätze in Indochina. Es versuchte dann noch vor dem Sturz seiner Militärdiktatur (im Oktober 1973), sich vom Krieg zu distanzieren. Das thailändische Experiment mit einem demokratischen System führte nach vielversprechenden Anfängen zu einer äusserst scharfen Polarisierung der politischen Kräfte und endete mit der Errichtung eines autoritären Regimes. Die ultrakonservative Linie des zivilen Premierministers Thanin Kraivichien brachte eine Verschärfung der innenpolitischen

Lage und Spannungen mit Vietnam und Kambodscha. Das neue Regime von General Kriangsak verfolgt zwar weiterhin eine Politik, die auf die Verteidigung der monarchischen und religiösen Institutionen abzielt, nahm aber sonst sogleich eine Kursänderung vor, wie der kürzliche Besuch von Pham Van Dong sowie die Ankündigung einer Amnestie und von Neuwahlen auf den Anfang des nächsten Jahres beweisen.

Die Probleme Thailands sind die eines sich im Aufbruch befindenden Agrarlandes, das mit übernommenen sozialen Strukturen und einer ungenügend vorbereiteten und korruptionsanfälligen Verwaltung mitten in einem raschen Modernisierungsprozess steht. Dieser Prozess ist begleitet von einem wilden Wachstum der Hauptstadt, der "grünen Revolution" mit ihren Schwierigkeiten und Spannungen und vor allem von der Wandlung gewisser alter Lebensgewohnheiten, wie etwa der Brandrodung in den Waldgebieten: Man versucht, die Halbnomaden, welches dies praktizieren und durch ihre zunehmende Zahl die Waldbestände bedrohen, sesshaft zu machen. Gerade in diesen Regionen setzten sich die kommunistischen Untergrundkämpfer fest: Sie nützen die Ressentiments aus, die in einer Bevölkerung entstehen können, wenn solche Programme von nicht immer ganz kompetenten oder ehrlichen Beamten ausgeführt werden.

Die Regierung Kriangsak unternahm den Versuch, der revolutionären Bewegung ihre Unterstützung von aussen zu entziehen und so ihre Explosionskraft zu entschärfen. Im März 1978 wurden mit Laos Nicht-Einmischungs-Erklärungen ausgetauscht; ihnen folgte ein ebensolcher Vertrag mit Vietnam, unterzeichnet beim Besuch von Pham Van Dong. Eine diesbezügliche originelle Doktrin Teng Hsiao-pings (sie ist von ihrem Urheber auch schon General Kriangsak dargelegt worden) lautet wie folgt: Reduzierte chinesische Unterstützung für die revolutionären Untergrundkämpfer; dies ermöglicht den Regierungen, ihren Anti-Guerillakampf zu intensivieren ohne dass jedoch "das Feld den Sowjets überlassen wird".

- 57 -

Auch mit Kambodscha konnte Thailand seine Beziehungen verbessern, und es kam zu gegenseitigen Besuchen, dies trotz sporadischer Zwischenfälle.

Probleme der Nachbarschaft, wie Thailand sie hat, kennt Indonesien nicht, dafür aber von früher her belastete Beziehungen mit China und Spannungen mit Vietnam, letzteres wegen seiner Rolle als neutrale Macht und seinem Anteil an der Gründung der ASEAN.

Das Regime, das aus dem missglückten, geheimnisumwitterten und von einem Massaker der Mitglieder und vermuteten Sympathisanten der kommunistischen Partei gefolgten Staatsstreich vom 30. September 1965 hervorging, weist nun gewisse Abnützungerscheinungen auf. Zu Beginn wurden durch Anstrengungen in Richtung wirtschaftsgerechten Planens und Handelns, die unter Präsident Sukarno etwas vernachlässigt wurden, und durch den Zuwachs der Erdölproduktion echte Fortschritte erreicht. Es kam jedoch in dieser Wirtschaftsführung zu zahlreichen Missbräuchen und zu einem Skandal in der Erdölindustrie. Dazu trat die Spannungen, die sich aus den Gegebenheiten des Landes ergaben, nämlich aus einer rasch zunehmenden Verstädterung, begleitet von einer Bevölkerungsexplosion auf dem Lande: All dies verursachte eine nicht zu übersehende soziale Missstimmung.

Diese Missstimmung fand ihren Ausdruck vor allem in einer Verstärkung der religiösen Tendenzen, welche die Errichtung eines islamischen Staates zum Ziel haben. Die Frage ist jedoch berechtigt, ob die Indonesier, die sich zwar zu 90% zum Islam bekennen, ohne aber ältere Sitten und Gebräuche notwendigerweise aufgegeben zu haben, damit einverstanden wären.

Es ist auf jeden Fall bemerkenswert, dass eine Regierung, die immer derart auf der Hut vor kommunistischer Subversion ist, vor zwei Jahren mit der Freilassung von Verdächtigen aus dem Jahre 1965 begann, die bis dahin in Lagern in entfernten Landesteilen isoliert worden waren.

Die ASEAN ist zu einem Eckstein der indonesischen Politik geworden; weitere Fixpunkte sind die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Japan und Australien. Die Beziehungen mit China waren seit 1965 gespannt und wurden während der Kulturrevolution abgebrochen; sie sind noch nicht wiederaufgenommen worden. Indonesien hat die Wiederaufnahme beschlossen, erwartet aber offensichtlich noch genauere Hinweise auf die Absichten Pekings, namentlich was die Frage der Nichteinmischung anbelangt. Man empfing Pham Van Dong höflich, aber recht kühl - die Schmähungen gegen die Politik Suhartos sind noch nicht vergessen.

Zwischen Indonesien und der UNO ist weiterhin die Timor-Angelegenheit hängig. Heute kontrolliert Jakarta praktisch die gesamte Insel; die FRETILIN unternimmt nur noch sehr beschränkte Aktivitäten.

Auch die Philippinen standen vom Moment an, in dem sich der amerikanische Rückzug bemerkbar machte, unter Ausnahmerecht. Das Regime erbrachte im wirtschaftlichen Bereich eindruckliche Leistungen, hauptsächlich durch die in der Landreform erzielten Fortschritte. Man findet indessen die gleichen Symptome wie anderswo: eine zügellose Entwicklung der städtischen Agglomerationen, Korruption, Schwierigkeiten in der grünen Revolution. Dazu stösst der seit vier Jahren auf der Insel Mindanao anhaltende Bürgerkrieg, dessen Urheber, die Mao, einheimische Mohammedaner sind, welche sich durch die aus dem Norden stammenden christlichen Siedler bedrängt fühlen. Selbst die Vermittlungsbemühungen islamischer Länder vermochten den Konflikt nicht beizulegen.

Der Annäherungspolitik an China war Erfolg beschieden. Präsident Marcos verstand es, nationalistische Töne anzuschlagen, indem er die amerikanischen Stützpunkte in Frage stellte, ohne indessen die Absicht zu hegen, sich ihrer tatsächlich zu entledigen, denn sie sind für die Wirtschaft des Landes ebenso wichtig wie für das strategische Gleichgewicht der gesamten Region.

Marcos will mit einer schrittweisen Rückkehr zu den parlamentarischen Institutionen eine Liberalisierung herbeiführen, die jedoch seine Autorität unangetastet lassen soll. Die Versuche, seine Frau in den Kreis möglicher Nachfolger einzuschleusen, haben noch keine Ergebnisse gezeitigt, da die Armee davon nicht überzeugt ist.

Malaysia, ein kleiner Staat mit einem grossen Rohstoffreichtum, sieht sich jetzt vor einem Rassenproblem, das die Beziehungen der vorherrschenden ethnischen Gruppe zu den Chinesen (und, in einer geringeren Masse, zu den Indern) beschlägt. Das Land hat sein Verhältnis mit allen kommunistischen Nachbarn normalisiert.

Singapur bildet eine Insel des Wohlstandes, welche den chinesischen Kapitalismus mit dem "welfare state" vereint, dessen sich Lee Kuan Yew rühmt.

Der bevorstehende Besuch von Teng Hsiao-ping, der sich soeben lobend über Singapur geäussert hat, bedeutet einen Höhepunkt für die kleine Inselrepublik, da sie bis anhin mit ihrer alten Metropole keine diplomatischen Beziehungen unterhielt.

Es geht somit um eine Gruppe von Ländern, die über ein beträchtliches Potential verfügen und deren Wirtschaft grosse Fortschritte macht. Ausser in Singapur ist es aber noch unklar, in welchem kulturellen Rahmen ihre weitere Expansion erfolgen soll. Ihr Erfolg wird deutlich an der Dynamik der 1967 gegründeten Regionalorganisation ASEAN, die zwar keine spektakulären Leistungen vorzuweisen hat (einige Zollpräferenzen, geringe Ergebnisse in der Arbeitsteilung und industriellen Zusammenarbeit), aber als eine Art Symbol für das Verlangen nach engeren Beziehungen dasteht, welche im konkreten Fall meist bilaterale Formen annehmen.

Mit dem Nachlassen des amerikanischen Einflusses trat dieser Aspekt klar in Erscheinung und äusserte sich durch das Interesse, welches die ASEAN in China fand (das noch vor wenigen

Jahren zu keinem ihrer Mitglieder Beziehungen unterhalten hatte), aber auch in Kambodscha und Vietnam (letzteres hatte die ASEAN während langer Zeit als "Instrument des amerikanischen Imperialismus" bezeichnet).

Merkwürdigerweise sind es heute vor allem die Vereinigten Staaten selbst, die ihr Engagement in Südostasien beenden möchten, und nicht die verschiedenen Länder der Region (unabhängig von ihrer politischen Couleur). China hat sein Interesse für die ASEAN klar kundgetan, stiess aber damit mancherorts auf gewisse Skepsis. Hanois Kehrtwendung - deutlich geworden mit dem Besuch von Pham Van Dong - stellt ein neues Element im regionalen Gleichgewicht dar. Hinter Hanoi und seiner "Zone der wirklichen Unabhängigkeit, des Friedens und der Sicherheit" steht natürlich die bis jetzt in den ASEAN-Ländern wenig in Erscheinung getretene Sowjetunion und ihr "Sicherheitspakt", von dem man heute kaum mehr spricht.

Die ASEAN ist somit von allen Seiten umworben. Man kann indessen hinter die Entwicklungen, die zu diesem Interesse geführt haben, einige Fragezeichen setzen. Die jüngsten kriegerischen Verwicklungen in Indochina und die Gefahr, dass Südostasien zum Schauplatz einer diplomatischen Auseinandersetzung zwischen den kriegführenden Parteien und ihren Alliierten wird, erklären die Zurückhaltung gewisser Stellungnahmen und die Sorge um massvolle Distanz zu den neuen Bekanntschaften. Die ASEAN kann bei einer Stabilisierung der Region eine wichtige Rolle spielen, aber nur wenn auch jene Staaten ihr Ideal der Zusammenarbeit und des Aufbaues gutheissen, welche Nichtmitglieder sind und die Organisation vor allem aus einem politisch-strategischen Blickwinkel sehen.

Nur dann werden vielleicht eines Tages heute utopische Pläne, wie die "Pazifische Wirtschaftsgemeinschaft" des Philippinen Roxas, Gestalt annehmen.

Beilage: Bibliographie

B i b l i o g r a p h i e

EUROPE ORIENTALE

- F. Fejtö, L'héritage de Lénine, librairie générale d'édition, Paris 1977
- F. Fejtö, Les démocraties populaires, 2 vol., Le Seuil, Paris
- A. Fontaine, Histoire de la guerre froide, 2 vol., A. Fayard, Paris, 1965-1967
- Jörg K. Hoensch, Sowjetische Osteuropapolitik, 1945-1975
- Robert R. King, James F. Brown, Eastern Europe's, Uncertain Future, Praeger, N.Y. 1977
- B. Kovrig, The Myth of Liberation, Johns Hopkins University Press, Baltimore / London 1973
- P. Lendvai, Die Grenzen des Wandels, Europa Verlag, Wien, 1977

SUD-EST ASIATIQUE

- W. Burchett, Grasshoppers and Elephants. Why Vietnam fell, New York, Urizen Books, 1977
- A. Dauphin-Meunier, Histoire du Cambodge, Paris, PUF (Que sais-je ?), 1968
- Pierre Fistier, La Thaïlande, Paris, PUF (Que sais-je ?), 1971
- John Gittings, The World and China, 1922-1972, London, Eyre Methuen 1974
- D.G.E. Hall, A history of South east Asia, London, Macmillan, 1968
- Politics and modernization in South and South east Asia, Ed. by Robert N. Kearney. New York, Schenkman Publishing Company, 1975
- François Ponchaud, Cambodge année zéro, Paris, Julliard, 1977
- Peter Polomka, Indonesia's future and South east Asia, London, International Institute for Strategic Studies, 1974
- SEATO, ANZUS und ASEAN nach dem Ende des Krieges in Indochina, Europa Archiv. 30. Bonn, 1975
- Ralph Smith, Vietnam and the West, New York, Cornell University Press, 1971